

**WOCHE
NSCHAU**

POLITIK UND WIRTSCHAFT UNTERRICHTEN

BASISHEFT
SEKUNDARSTUFE II



Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik

Ökonomisch denken und handeln	3
Wie lässt sich wirtschaftliches Handeln erklären?	3
Wirtschaften im Alltag	4
<i>Methode</i> Wirtschaftskreislauf: Wer sind die wirtschaftlichen Akteure?	5
Handeln Menschen rational und egoistisch? Das Modell des Homo Oeconomicus	6
<i>Methode</i> Diktator- und Ultimatumspiel	6
Ordnungspolitik: Welche wirtschaftspolitischen Ziele werden verfolgt?	8
Wirtschaftspolitik in Karikaturen	8
<i>Methode</i> Wirtschaftsordnungen im Modell: Das Inselspiel	9
Wie kann Wirtschaft geordnet werden? Zwei Modelle	10
Wie viel Staat braucht die Marktwirtschaft?	11
Der Berliner Mietendeckel – ein Konzept für ganz Deutschland?	12
Soziale Marktwirtschaft in Deutschland	14
Das bedingungslose Grundeinkommen – Träumerei oder die Zukunft des Sozialstaates?	16
Welche Ziele sollte die Wirtschaftspolitik verfolgen?	19
Wirtschaftspolitik in Zahlen	20
<i>Methode</i> Umgang mit Statistiken und Tabellen	21
Wie wird der Wettbewerb gesichert?	22
EU-Wettbewerbsordnung in der Globalisierung: Sind neue Regeln notwendig?	24
Wie kann der Staat die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?	26
Wie erklärt sich das Auf und Ab der Wirtschaft?	26
„Wir können nicht in die Zukunft sehen“ – Wie sinnvoll sind Konjunkturprognosen?	28
Konzeptionen der Wirtschaftspolitik: Angebots- und Nachfrageorientierung	30
<i>Arbeitsblatt</i> Stabilisierungsstrategien angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik	35
Wie auf Wirtschaftskrisen reagieren? Das Konjunkturpaket 2020	36
Wie sinnvoll war der Kinderbonus?	37
Inflation und konjunkturelle Entwicklung: Welche Rolle spielt die Europäische Zentralbank?	38
<i>Arbeitsblatt</i> Reflexion des Kompetenzerwerbs im Kapitel	39
Was ist die richtige Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise?	40
<i>Methode</i> Klausurtraining	40



Digital zum Heft

Modelle des Wirtschaftskreislaufes	5
Szenarien zum Inselspiel	9
Ministererlaubnis im Fallbeispiel Edeka-Tengelmann	23
Theorien zum Konjunkturverlauf	29

Titelbild : © picture alliance / dpa | David Ebener



**WOCHE
NSCHAU
VERLAG**

WOCHE NSCHAU „How to“

Unter www.wochenschau-online.de/how-to finden Schüler*innen nützliche Hinweise und Materialien zur selbstständigen Arbeit mit der WOCHE NSCHAU.



www.wochenschau-online.de/how-to



Ökonomisch denken und handeln

Über ihren Konsum, ihre Arbeit oder unternehmerische Tätigkeit sind alle Bürger*innen in wirtschaftliche Prozesse eingebunden und daher auch von wirtschaftspolitischen Entscheidungen betroffen. Der Staat fördert und beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung auf vielfältige Art und Weise, ebenso treffen die Menschen täglich wirtschaftliche Entscheidungen. Ökonomisches Denken ist dadurch Teil unseres Alltags. In diesem Heft setzen Sie sich mit der Frage auseinander, wie sich wirtschaftliches Handeln erklären lässt. Sie lernen die Ziele, Instrumente und Akteur*innen der Wirtschaftspolitik kennen, sodass Sie aktuelle Kontroversen analysieren und beurteilen können.

Wie lässt sich wirtschaftliches Handeln erklären?

Deutschland in Zahlen

durchschnittlicher Brutto-Monatsverdienst, in Vollzeit	2019	3.994 €; 4.181 € (Männer); 3.559 € (Frauen)
Staatsschulden pro Kopf	2018 / 2019	2018: 23.113 € / 2019: 22.857 €
BIP pro Kopf	2019	41.342 €
Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden	2019	799 Mrd. €
Vermögensverteilung	2020	Das reichste Prozent besitzt 35 % des Gesamtvermögens, die unteren 50 % besitzen 1,4 % des Gesamtvermögens
Teilzeitquote der Erwerbstägigen mit minderjährigen Kindern	2019	Mütter 66,2 %; Väter 6,4 %
Mietpreis bei Neuvermietung (pro m ²)	November 2019	München: 17,51 €; Erfurt 7,39 €; Borgenteich (NRW): 3,91 €
Menschen ab 67 Jahren	2018	15,9 Mio. (Prognose für 2039: 21 Mio.)
geplante Weihnachtsausgaben durchschnittlich pro Kopf	2020	500 €
Leitzins im Euroraum	seit März 2016	0 %
Mindestlohn	ab 1.1.2021	9,50 €/Std.; ab 1.7.2022: 10,45 €/Std.
Arbeitslosigkeit im Bundesschnitt	2019	5 %; Tiefstwert in Bayern: 2,8 %; Höchstwert in Bremen: 9,9 %
Exportüberschuss	2018 / 2019	2018: 228,7 Mrd. € / 2019: 223,6 Mrd. €

Datenquellen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt, empirica regio/ZEIT ONLINE, handelsdaten.de

Wirtschaftspolitik

Bezeichnung für alle Maßnahmen, mit denen die Wirtschaftsordnung eines Landes sowie die wirtschaftlichen Abläufe und Strukturen beeinflusst und gestaltet werden sollen. (...) Wirtschaftspolitik dient durch den Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente der Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Ziele. (...) Die Träger der Wirtschaftspolitik, also die Einrichtungen, die wirtschaftspolitische Entscheidungen treffen und umsetzen können, sind z. B. der Bundestag, die Bundesregierung, die Landtage und Landesregierungen sowie die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank.

Achim Pollert u. a.: Duden – Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Mannheim 2016, S. 159 f.

AUFGABEN

- Bestimmen Sie die drei Daten, die Sie am meisten überraschen oder nicht verstehen, und skizzieren Sie Ihre ursprünglichen Erwartungen.
- Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse mit Ihrem*Ihrer Sitznachbar*in und klären Sie unklare Begriffe.
- Formulieren Sie Annahmen, welche Rolle der Staat im Rahmen der Wirtschaftspolitik spielt und welche Einflussmöglichkeiten er in diesem Bereich besitzt. Beziehen Sie dabei auch Auswirkungen staatlichen wirtschaftspolitischen Handelns auf Ihr eigenes Leben ein.

Wirtschaften im Alltag

Auch Ihr Alltag ist geprägt von Situationen, in denen Sie wirtschaftliche Entscheidungen treffen müssen. Wirtschaftliches Handeln bedeutet dabei, mit knappen Mitteln möglichst viele Bedürfnisse zu befriedigen.



Auf dem Flohmarkt

Sie haben noch viel altes Spielzeug in einer Abstellkammer gefunden und wollen es auf dem Flohmarkt verkaufen. Für ein altes Spielzeug verlangen Sie 30 Euro, sind aber verhandlungsbereit. Kurz vor Ende des Flohmarktes stehen zwei Interessenten vor Ihnen – ein unfreundlicher Herr, der Ihnen patzig 27 Euro bietet, und ein Junge, der sich dafür entschuldigt, dass er nur 20 Euro geben kann, da sein Taschengeld schon fast aufgebraucht ist. Alternativ können Sie das Spielzeug auch nicht verkaufen. Wie handeln Sie?



Beim Smartphonekauf

Während der Corona-Krise zahlte der Staat allen Eltern einmalig 300 Euro pro Kind. Sie haben Glück, Ihre Eltern überlassen Ihnen die Entscheidung, was Sie davon kaufen wollen. Ihre Entscheidung fällt auf ein neues Smartphone, auch wenn Sie dafür auch Ihr Ersparnis verwenden müssen. Nach längerer Recherche kommen für Sie noch zwei Modelle in Frage, deren Leistungsfähigkeit, Kameraqualität, Speicherumfang und Verarbeitung nahezu identisch sind. Preislich liegt Modell A bei 500 Euro, Modell B bei 700 Euro. Der höhere Preis wird durch ein besonderes Design begründet, viele Ihrer Mitschüler*innen schwärmen von Modell B. Welches Smartphone kaufen Sie?



In der Bank

Sie haben 10.000 Euro gespart und möchten dieses Geld für Ihre Zukunft gewinnbringend anlegen. Ihre Bankberaterin bietet Ihnen zwei Fonds an: Fond A besitzt eine Renditeerwartung von 2,5 Prozent im Jahr, nach 10 Jahren hätten Sie somit 12.800 Euro zur Verfügung. Fond B besitzt eine Renditeerwartung von 5 Prozent im Jahr, nach 10 Jahren stünden Ihnen ca. 16.000 Euro zur Verfügung. Fond A investiert in nachhaltige und ethisch handelnde Unternehmen, Fond B schließt hingegen Investments in Waffenunternehmen, Atomenergie oder Gentechnik nicht aus. In welchen Fond investieren Sie?



Auf Jobsuche

Seit einiger Zeit suchen Sie einen Nebenjob. Nachbarin A sucht Unterstützung bei der Gartenarbeit und beim Anlegen eines Teiches. Da es körperlich anstrengend werden kann, bietet Sie Ihnen 14 Euro pro Stunde, die Arbeitszeit können Sie flexibel wählen. Nachbar B sucht für seine Familie eine Unterstützung in der Kinderbetreuung. Sie kennen die beiden Kinder und mögen sie auch, schön öfter haben Sie in der Familie als Babysitter ausgeholfen. Der Nachbar bietet Ihnen 12 Euro pro Stunde, die Arbeitszeit wäre freitags und samstags von 18.00 bis 20.30 Uhr. Welchen Job nehmen Sie an?

AUFGABEN

1. Stellen Sie dar, aufgrund welcher Motive Sie sich wie entscheiden würden.
2. Vergleichen Sie anschließend im Kurs die unterschiedlichen Entscheidungen und reflektieren Sie kritisch die zugrunde liegenden Motive.
3. Entwickeln Sie weitere Beispiele aus Ihrem Alltag, in denen Sie von unterschiedlichen Motiven geprägte wirtschaftliche Entscheidungen treffen müssen. Diskutieren Sie Ihre Beispiele im Kurs.



Wirtschaftskreislauf: Wer sind die wirtschaftlichen Akteure?

Der Duden definiert ein Modell als „Objekt, Gebilde, das die inneren Beziehungen und Funktionen von etwas abbildet bzw. schematisch veranschaulicht und vereinfacht, idealisiert“. Nehmen Sie das Beispiel einer Landkarte: Selbst große Städte werden hier, je nach Maßstab, häufig nur als Punkte dargestellt, kleine Siedlungen oder gar einzelne Häuser fehlen in der Darstellung. Große Straßen sind als Linien sichtbar, wohingegen kleine Straßen oder Wege häufig nicht abgebildet werden. Bei der Wahl der Darstellung ist immer der Zweck einer Karte entscheidend. So interessieren sich Wander*innen für Höhenangaben und andere Details, Autofahrer*innen benötigen diese Angaben nicht – sie würden stören und den Blick auf das Wesentliche verstellen. Navigations-Apps bieten zwar die Möglichkeit heranzuzoomen, eine Reduktion der Darstellung findet jedoch auch hier statt. Auch wissenschaftliche Disziplinen, wie die Wirtschafts- oder die Politikwissenschaft, benötigen zur Vereinfachung und Visualisierung Modelle der facheigenen Realität. In den Wirtschaftswissenschaften ist der Wirtschaftskreislauf ein wichtiges Analyseinstrument. In ihm werden ähnliche oder gleiche Wirtschaftssubjekte zu Sektoren zusammengefasst sowie die Beziehungen der Marktteilnehmer untereinander dargestellt.

Der Wirtschaftskreislauf

Das einfachste Kreislaufmodell unterscheidet die Sektoren private Haushalte und Unternehmen. In diesem Modell gibt es einen Geld- und einen Güterkreislauf. (...) Die erwerbstätigen Mitglieder der privaten Haushalt arbeiten in den Unternehmen: für ihre Arbeitsleistung erhalten sie Einkommen. Einige der privaten Haushalte stellen Unternehmen außerdem Kapital zur Verfügung, z.B. indem sie Anleihen oder Aktien erwerben oder Gebäude sowie Grund und Boden verleihen. Für diese Leistungen erhalten sie ebenfalls Einkommen in Form von Zinsen, Dividenden, Pacht oder Miete. Somit fließt ein Güterstrom – Arbeit, Boden, Kapital – von den privaten Haushalten zu den Unternehmen. Umgekehrt fließt ein Geldstrom in Form von Einkommen von den Unternehmen zu den privaten Haushalten. Dieses Einkommen wiederum wird von den Haushalten für Güter ausgegeben, die die Unternehmen anbieten, d.h. es fließt ein Geldstrom zurück zu den Unternehmen und ein Güterstrom zurück zu den Haushalten.

Im erweiterten Kreislauf werden neben privaten Haushalten und Unternehmen auch Finanzinstitute, der Staat und das Ausland berücksichtigt. Zu den Verflechtungen des Finanzsektors mit den anderen Sektoren zählt z.B. die Geldanlage privater Haushalte bei Banken und Sparkassen, wofür die Haushalte Zinsen erhalten. Unternehmen nehmen Kredite auf, um neue Maschinen zu finanzieren. Der Staat verschuldet sich durch die Ausgabe von Anleihen bei privaten Haushalten und institutionellen Anlegern (z.B. Banken, Versicherungsunternehmen) und zahlt dafür Zinsen. Zudem nimmt er Steuern ein. Er stellt die wirtschaftliche Infrastruktur bereit und unterstützt die privaten Haushalte mithilfe von Geldtransfers wie etwa Sozialhilfe oder Wohngeld. Der Sektor Ausland erbringt Dienstleistungen, z.B. Leistungen für Feriengäste. Private Haushalte kaufen im Ausland Güter, etwa Autos oder Souvenirs. Auch Unternehmen erwerben im Ausland Güter, z.B. Rohstoffe für die eigene Produktion oder Fertigwaren für den Handel im Inland, Kreditinstitute vergeben Kredite an Unternehmen im Ausland oder an Staaten, sie erhalten dafür Zinsen. Der Staat importiert Waren, z.B. für die Armee. Der Sektor Ausland versammelt dabei alle ausländischen Wirtschaftssubjekte.

Michael Bauer, Herbert S. Buscher: *Duden-Ratgeber – Wie Wirtschaft funktioniert*. Mannheim 2013, S. 42

AUFGABEN

1. Zeichnen Sie mithilfe des Textes von Bauer und Buscher (a) einen einfachen sowie (b) einen erweiterten Wirtschaftskreislauf. ►TIPP
2. Zeigen Sie die Rolle der im Modell dargestellten Wirtschaftssubjekte in den Beispielen auf S. 4 auf.
3. Erläutern Sie anhand des Modells des Wirtschaftskreislaufes die Auswirkung von allgemeinen Lohnerhöhungen. Gehen Sie dabei zunächst von einem einfachen, dann von einem erweiterten Wirtschaftskreislauf aus.
4. Erörtern Sie anhand des Modells des erweiterten Wirtschaftskreislaufs die Stärken sowie die Schwächen von ökonomischen Modellen.



TIPP: Hier finden Sie das Modell eines einfachen und eines erweiterten Wirtschaftskreislaufes. Sie können Ihre Lösung zu Aufgabe 1 damit selbst überprüfen:

<https://t1p.de/2221-s5-wirtschaftskreislauf>

Handeln Menschen rational und egoistisch? Das Modell des Homo Oeconomicus

Karikatur: Jürgen Tomicek



Homo oeconomicus

Modellvorstellung der Wirtschaftstheorie eines idealen, ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten denkenden und handelnden Menschen. Der Homo oeconomicus kennt nur ökonomische Ziele und ist besonders durch Eigenschaften wie rationales Verhalten, das Streben nach größtmöglichen Nutzen (Nutzenmaximierung), die vollständige Kenntnis seiner wirtschaftlichen Entscheidungsmöglichkeiten und deren Folgen (...) charakterisiert.

Achim Pollert u. a.: Duden – Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Mannheim 2016, S. 23 f.

Methode

Diktator- und Ultimatumspiel

Um das wirtschaftliche Verhalten der Menschen zu erklären, wird unter anderem das Modell des Homo Oeconomicus herangezogen. Ob dessen Annahmen hinlänglich geeignet sind, individuelles Verhalten zu erklären, können Sie mit dem Diktator- und dem Ultimatumspiel testen.

Diktatorspiel

Sie bekommen 100 Euro zur Verfügung gestellt. Sie alleine dürfen jetzt entscheiden, wie Sie das Geld zwischen sich als Geber*in und einem*einer Ihnen völlig unbekannten Empfänger*in aufteilen. Hierbei sind alle Teilungen möglich, Sie können jedoch auch das ganze Geld behalten oder es vollständig abgeben. Der*die Empfänger*in muss die Aufteilung akzeptieren. Notieren Sie die Summe, die Sie abgeben wollen, auf einem Zettel. Die Zettel aller Schüler*innen werden anschließend eingesammelt und ausgewertet. Ein Verhandeln ist nicht möglich.

Ultimatumspiel

Teilen Sie den Kurs jetzt in zwei gleich große Gruppen. Eine Gruppe gibt und die andere empfängt. Die Geber*innen entscheiden, wie sie 100 Euro zwischen sich und einem*einer unbekannten Empfänger*in aufteilen. Notieren Sie die Summe sowie Ihren Namen auf einem Zettel. Die Zettel werden anschließend eingesammelt und zufällig in der Gruppe der Empfänger*innen verteilt. Die Empfänger*innen entscheiden, ob sie das Angebot annehmen oder ablehnen. Lehnt der*die Empfänger*in ab, gehen beide leer aus. Nimmt er*sie das Angebot an, werden die 100 Euro entsprechend geteilt. Ein Verhandeln ist nicht möglich.

AUFGABEN

1. Spielen Sie das Diktatorspiel und ermitteln Sie die Teilungsergebnisse.
2. Spielen Sie das Ultimatum-Spiel über vier Runden. Protokollieren Sie jeweils die Höhe des Angebots und ob es angenommen wurde.
3. Werten Sie die Spiele aus. Folgende Fragen können Ihnen dabei helfen:
Geber*in: Wie sind Sie bei der Verteilung des Geldes vorgegangen? Was hat Ihre Entscheidung beeinflusst?
Haben Sie Ihre Strategie im Laufe des Spiels geändert? Wenn ja, warum?
Empfänger*in: Was war für Ihre Entscheidung ausschlaggebend? Hat sich Ihr Entscheidungsverhalten im Laufe des Spiels geändert? Wenn ja, warum?



Der Homo oeconomicus – ein Auslaufmodell?

- 1 Gut möglich, dass es Wirtschaftswissenschaftler gibt, die nach Studium und jahrelanger Arbeit in ihrer Disziplin tatsächlich glauben, dass ihr typischer Mitmensch sich so verhält, wie es das Bild vom Homo oeconomicus 5 suggeriert. Das wäre ein Mensch, der bei jedem Einkauf sorgsam Preis und Nutzen abwägt, egal ob es um einen Fernseher oder ein Kaugummi geht. Er wäre ein Verbraucher, der in Dutzenden Geschäften Preise vergleicht, bevor er zuschlägt. (...) Der Soziologe Ralf Dahrendorf 10 nannte den Homo oeconomicus einen „höchst problematischen Menschen“, dem wir „in der Wirklichkeit unserer Alltagserfahrung kaum je begegnen dürften.“ Und gäbe es ihn, er wäre vermutlich ein höchst unglücklicher Mensch. „Ein Mensch könnte gar nicht leben wie der 15 Homo oeconomicus, weil die Welt zu komplex ist“, sagt Stefan Schneider, leitender Volkswirt bei der Deutschen Bank. (...)
- „Die Idee vom Homo oeconomicus ist die Grundlage vieler ökonomischen Modelle, die volkswirtschaftliche 20 Zusammenhänge beschreiben“, sagt Schneider. Das gilt besonders für die Makroökonomik, jene Vertreter der Zunft, die weitreichende Aussagen über die Entwicklung der Wirtschaft treffen: Bekommen wir eine Rezession? Sinkt die Arbeitslosigkeit weiter? Steigen die Preise? 25 Diese Fragen beantworten die Prognostiker mithilfe komplexer mathematischer Modelle, die mit Zahlen und Daten gefüttert werden und deren Ergebnisse im Computer berechnet werden. (...) Grundlage dieser Modelle sind aber immer Annahmen darüber, wie einzelne Menschen 30 und Unternehmen reagieren. Ein ganzer Berg von Formeln, Schicht für Schicht, ruht auf diese Weise auf der Idee, dass der Mensch sich verhält wie der Homo oeconomicus. Kritiker wenden ein, dass viele menschliche Verhaltensweisen dabei unter den Tisch fallen. (...)
- 35 Wenn Wirtschaftswissenschaftler davon sprechen, dass Menschen ihren Nutzen maximieren, sprechen sie von der größtmöglichen Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Die Ökonomie reduziert diesen Wunsch nicht mehr nur auf die Dicke der Brieftasche. Der Nobelpreisträger Gary S. 40 Becker hat mit seinen Überlegungen die Idee der Nutzenmaximierung praktisch unangreifbar gemacht. Becker hat in seiner Arbeit viele Formen des menschlichen Verhaltens als eine Maximierung des Wohlbefindens beschrieben. Ein extremes Beispiel, das Becker anführt, ist
- 45 das eines starken Rauchers, der durch das permanente Paffen seine Lebenserwartung erheblich senkt. Becker argumentiert, dass der Raucher damit trotzdem sein Wohlbefinden steigert. Das Rauchen aufzugeben sei für ihn ein größerer Verlust als der Verlust an Lebensjahren.
- 50 (...) Auf dieser Grundlage können Ökonomen selbst Altruismus (*Selbstlosigkeit*) in ihre Modelle integrieren: Wer sich für andere aufopfert, fühle sich besser, so die gängige Argumentation. Und das steigere das eigene Wohlbefinden.
- 55 Kritisiert wird der idealisierte Mensch der Ökonomen schon seit Langem; bereits Ende des 19. Jahrhunderts bemängelten Ökonomen die dahinterstehenden Ideen^o. Viel schwerer getroffen wurde das Konzept aber von Psychologen, die in den vergangenen Jahrzehnten nachgewiesen haben, dass Menschen schlicht anders handeln als von den Ökonomen angenommen. Inzwischen beschäftigt sich eine ganze Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaften mit diesen und ähnlichen Fragestellungen: die Verhaltensökonomik, die „Behavioral Economics“. So gehen die Väter des Homo oeconomicus davon aus, dass er weiß, was er will, und dass seine Bedürfnisse und Vorlieben gleich bleiben. Die Experimente von Verhaltensökonomikern kratzen an dieser Überzeugung. (...) Obwohl Wirtschaftswissenschaftler 60 schon lange wissen, dass der Homo oeconomicus nur in ihren Formeln und Modellen lebt, haben sie ihm jahrelang vertraut. Nicht ganz zu Unrecht: Denn die Idee vom rational handelnden Menschen setzt gar nicht voraus, dass jeder Einzelne sich so benimmt, wie es die Modelle vorsehen. Es genügt, dass die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit so reagiert, wie es das Konzept vorsieht. Es ist ein Modell für die Gesamtheit, nicht für den Einzelnen.
- 75 Tobias Kaiser: *Homo oeconomicus oder Homer Simpson?* In: Welt am Sonntag vom 16.10.2011, S. 36 f.

^o Kritik am Modell: Auch andere wissenschaftliche Disziplinen stellen die Aussage des Modells des Homo Oeconomicus in Frage wie beispielsweise die Soziologie, die das Modell des Homo Sociologicus beschreibt.



ZUSATZ: Hier gelangen Sie zum Podcast „HR-Info Wissenswert“ zu Verhaltensökonomie (Minute 10:06–13:24 zu den Ergebnissen des Ultimatumspiels in der Realität; Minute 14:40–20:30 zu Labor- und Feldtests in der Verhaltensökonomie):

<https://t1p.de/hr-verhaltensoekonomie> – Zugriff vom 3.2.2021

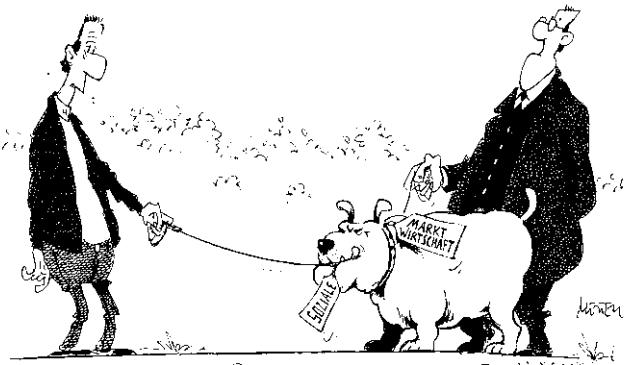
AUFGABEN

- Setzen Sie sich ausgehend von Ihren Ergebnissen des Diktator- und Ultimatumspiels sowie den Materialien auf dieser Seite kritisch mit der Frage auseinander, inwiefern das Modell des Homo oeconomicus ein Auslaufmodell darstellt. Binden Sie dabei auch Ergebnisse der Verhaltensökonomie ein.
- Reflektieren Sie: Inwiefern haben Sie auf Seite 4 nach dem Modell des Homo oeconomicus gehandelt?

Ordnungspolitik: Welche wirtschaftspolitischen Ziele werden verfolgt?

Wirtschaftliches Handeln ist immer eingebunden in einen Ordnungsrahmen. Je nach Ausprägung kann dieser den Wirtschaftssubjekten mehr oder weniger Freiheiten einräumen, hat der Staat als Ordnungsgeber mehr oder weniger Eingriffsmöglichkeiten in den wirtschaftlichen Prozess. Es geht also um das Verhältnis von Markt und Staat. In diesem Kapitel lernen Sie unterschiedliche Modelle von Wirtschaftsordnungen und ihre Merkmale kennen. Dabei diskutieren Sie das Verhältnis von Wirtschaft und Staat und setzen sich mit der Wirtschaftsordnung Deutschlands und ihrer rechtlichen Ausgestaltung auseinander.

Wirtschaftspolitik in Karikaturen



Karikatur: Gerhard Mester



Karikatur: Kostas Koufogiorgos



Karikatur: Harm Bengen



Karikatur: Klaus Stuttmann

AUFGABEN

Bilden Sie zunächst vier Gruppen und bearbeiten Sie in diesen die folgenden Arbeitsaufträge:

1. Betrachten Sie nacheinander kurz die vier Karikaturen und besprechen sowie notieren Sie deren jeweiliges Thema. Einigen Sie sich anschließend im Kurs darauf, welche Gruppe welche Karikatur vertieft analysiert.
2. Beschreiben und interpretieren Sie je Gruppe eine der Karikaturen schriftlich. Analysieren Sie die Karikaturen ggf. hinsichtlich der Kategorien Race und Gender: Wie wird Wirtschaft bzw. werden wirtschaftliche Entscheidungsträger*innen dargestellt?
3. Stellen Sie Ihre Arbeitsergebnisse den anderen Gruppen vor. Vergleichen Sie die Themen und Interpretationen der Karikaturen, indem Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten benennen.
4. Leiten Sie aus den Karikaturanalysen wirtschaftspolitische Zielsetzungen ab. Diskutieren Sie, welche Zielsetzung Priorität haben sollte.



Wirtschaftsordnungen im Modell: Das Inselspiel

Stellen Sie sich vor, Sie stranden mit Ihrer Klasse auf einer unbewohnten Insel. Hilfe und Rettung sind weit und breit nicht in Sicht. Daher müssen Sie sich auf einen längeren Aufenthalt auf dieser Insel einstellen, die Ihnen ausreichend Versorgungsmöglichkeiten zum Überleben bietet.

Nach einigen Wochen sind die ersten Hütten gebaut, die ersten Felder angelegt und die wichtigsten Regeln des Zusammenlebens geregelt worden. Einmal täglich treffen sich alle, um gemeinsam über die nächsten Schritte zu entscheiden. Nun kam der Vorschlag auf, auch das wirtschaftliche Zusammenleben zu regeln.



Über folgende Fragen soll nachgedacht und diskutiert werden:

- Soll es Privateigentum geben oder gehört allen alles?
- Wie sollen die Waren und Güter verteilt werden?
- Dürfen alle Waren und Dienstleistungen frei gehandelt bzw. angeboten werden?
- Wer legt die Preise bzw. den Tauschwert fest?
- Dürfen zwischen den Gruppenmitgliedern Verträge geschlossen oder Absprachen getroffen werden?
- Darf jede und jeder das anbauen und herstellen, was er oder sie möchte?



Hier finden Sie Szenarien, die das Leben und Wirtschaften auf der Insel beeinflussen könnten:

<https://t1p.de/2221-s9-inselspiel-szenarien>

Wirtschaftsordnungen

Bedarf und Produktion müssen in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aufeinander abgestimmt und organisiert werden. Das Gefüge der für den Aufbau und die Abläufe in einer Volkswirtschaft notwendigen Regeln nennt man Wirtschaftsordnung. Die Wirtschaftsordnung bildet den Rahmen für die Beziehungen der Wirtschaftssubjekte untereinander und legt den Entscheidungsspielraum der wirtschaftenden Menschen und Unternehmen gegenüber dem Verfügungsbereich des Staates fest. Die gesetzlichen Verankerungen dieses Rahmens nennt man Wirtschaftsverfassung.

Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (Hg.): Stichwort: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht. In: Dies. (Hg.): Wirtschaft heute. Mannheim 2009, S. 260

AUFGABEN

1. Skizzieren Sie in Einzelarbeit anhand der Fragen Regeln, die Ihnen persönlich auf der Insel wichtig wären. Legen Sie Ihre Motive für diese Regeln dar.
2. Entwickeln Sie auf dieser Basis in Kleingruppen eine rudimentäre (angedeutete) Ordnung für das wirtschaftliche Zusammenleben. Notieren Sie Unstimmigkeiten und die unterschiedlichen Motive in der Kleingruppe.
3. Versuchen Sie, sich innerhalb des Kurses auf eine gemeinsame Wirtschaftsordnung zu einigen.
4. Prüfen Sie kritisch, ob die gemeinsame Wirtschaftsordnung bei den dargestellten Szenarien (QR-Code) zu aus Ihrer Sicht befriedigenden Ergebnissen führt.
5. Nehmen Sie im Anschluss kritisch Stellung zu der Frage, welche Prämissen (Annahmen) des menschlichen Verhaltens und des Zusammenlebens Ihrer Entscheidung (individuell und im Kurs) zugrunde liegen.

Wie kann Wirtschaft geordnet werden? Zwei Modelle

Das Modell der freien Marktwirtschaft

- 1 Im idealtypischen, in der Wirklichkeit allerdings so nirgends auffindbaren Modell einer „freien Marktwirtschaft“ ist der Markt das Lenkungs- und Koordinierungssystem schlechthin. Die Märkte „funktionieren“ aufgrund des Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage sowie durch den Preismechanismus, der dafür sorgt, dass Angebotsüberhänge (Nachfrageüberhänge) durch Preis senkungen (Preiserhöhungen) beseitigt werden können. Man spricht dann davon, dass eine Tendenz zum Markt-
 - 10 gleichgewicht besteht. Diese Tendenz beruht u. a. auf der intensiven Konkurrenz auf (nahezu) allen Märkten und auf dem rationalen Verhalten der Wirtschaftssubjekte (Nutzenmaximierung, Gewinnmaximierung). (...)
 - 15 Die Preise in einer „freien Marktwirtschaft“ haben vor allem die Funktion, uns zu sagen, was wir tun sollen. (...) Wenn wir dieses Prinzip konsequent verfolgen, so sorgen wir mit unseren Anpassungsreaktionen fast automatisch dafür, dass eine Lenkung der Produktivkräfte (etwa Produktionsmittel, Arbeitskraft, Technik) in jene Ver-
 - 20 wendungen erfolgt, in denen sie am rentabelsten eingesetzt werden können. (...)
- In der „freien Marktwirtschaft“ (*liegen*) das Eigentum und die Verfügbarkeit über Produktionsmittel in der Hand der privaten Wirtschaftssubjekte. Die dezentrale Planung wird
- 25 durch die (*Entscheidung*)sfreiheit von Konsumenten und Produzenten ermöglicht. Für das Marktergebnis entscheidend ist die Nachfrage der Konsumenten: Durch ihre freie Konsumwahl („Prinzip der Konsumentensouveränität“) nehmen sie Einfluss auf die Höhe der Gesamtnachfrage
 - 30 und damit auf die Güterpreise auf den einzelnen Teilmärkten. Weiterhin bestehen Vertrags-, Gewerbe- und Berufsfreiheit sowie die Freiheit auf individuelle Selbstentfaltung.

Paul Engelkamp, Friedrich L. Sell: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Berlin/Heidelberg 2013, S. 453f.

„Parecon“: Partizipatorische Ökonomie

- 1 Der US-amerikanische Journalist Michael Albert entwirft in seinem (2006) in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Parecon – Leben nach dem Kapitalismus“ die Utopie einer Wirtschaftsordnung, die auf den Werten
- 5 von Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Vielfalt, Solidarität und Effizienz beruht. (...) Albert strebt also eine Wirtschaftsordnung an, bei der alle Beteiligten gleichberechtigt mitbestimmen sollen. Anders als im Kapitalismus soll nicht der Markt entscheiden, was in welcher Menge
- 10 und zu welchem Preis produziert und konsumiert wird, und es soll auch nicht, wie in der staatssozialistischen Planwirtschaft, in der Kompetenz von privilegierten Funktionärlinnen sein. (...)

Albert (*sieht*) die Jahresplanung der Wirtschaft als mehrstufigen Diskussionsprozess. So haben alle BürgerInnen ihrem jeweiligen „Wohngebietsrat“ (...) anzugeben, was sie im kommenden Jahr zu konsumieren gedenken. Dieser Rat prüft diese „Konsumpläne“ auf ihre Machbarkeit und leitet sie zusammen mit kollektiven Konsumwünschen (etwa einem neuen Schwimmbad) an die nächsthöhere Instanz (die sich wiederum aus VertreterInnen der Wohngebietsräte zusammensetzt) weiter. Ein Unterstützungsbüro hilft dabei, die Realisierbarkeit der Konsumwünsche (die mit den Möglichkeiten aus der Produktion übereinstimmen müssen) zu überprüfen. Schließlich wird ausgehandelt, wie das alles mit den Vorschlägen der ArbeiterInnenräte zusammenzubringen ist, die die von ihnen gewünschten Produktionskapazitäten auflisten. Dabei bestimmt nicht irgendein Chef oder Führer, sondern über alles wird in den zuständigen Räten entschieden. Dabei gilt: Je mehr eine Einzelne, ein Einzeller oder eine Gruppe von einem Entscheid betroffen ist, desto grösser ist das Mitspracherecht. Die Produktionsmittel gehören der Allgemeinheit und werden durch die ArbeiterInnenräte verwaltet.

Wie viel jemand konsumieren darf, hängt von der Arbeitsleistung ab, die er oder sie erbringt. Dabei ist eine gewisse Grundversorgung, insbesondere im Bereich Gesundheit, gratis. Das Einkommen eines Menschen bemisst sich jedoch nicht nur an der Arbeitzeit, sondern auch in der Art der Tätigkeit. (...) Am besten bezahlt wird nicht Kopfarbeit, sondern das höchste Entgelt erhält, wer die schwersten und gefährlichsten Tätigkeiten ausführt.

Daniel Stern: Sitzleder gefragt. In: woz.ch vom 22.6.2006 (www.woz.ch/-872 – Zugriff vom 28.10.2020)

AUFGABEN

1. Arbeiten Sie die zentralen Merkmale der Freien Marktwirtschaft und der partizipatorischen Ökonomie heraus. Nutzen Sie hierfür die Kategorien: Lenkung des Wirtschaftsgeschehens, Eigentumsform, Anreiz/Ziele, Preisbildung, Lohnbildung, Stärken, Schwächen.
2. Entwickeln Sie zu Zweit ein Streitgespräch zwischen zwei Vertreter*innen der unterschiedlichen Modelle. Ausgangspunkt sind die Fragen: Welche Rolle sollen die Akteure des Wirtschaftskreislaufes spielen? Und somit: Was soll wie, von wem und für wen produziert werden?
3. Formulieren Sie Hypothesen zu der Frage, welche Folgen eine Umsetzung der Modelle in Deutschland allgemein und für Sie persönlich hätte.



Wie viel Staat braucht die Marktwirtschaft?

Der klassische Wirtschaftsliberalismus nimmt an, dass freie Märkte optimale Ergebnisse für alle schaffen, die an wirtschaftlichen Aktivitäten teilnehmen. Die Realität zeigt jedoch, dass dies keineswegs immer der Fall ist. Häufig wird ein wirtschaftspolitisch aktiver Staat gefordert, der freien Wettbewerb gewährleistet und unerwünschte Marktergebnisse korrigiert. Wann jedoch Marktversagen vorliegt und staatliche Interventionen gerechtfertigt sind, ist höchst umstritten, wie ein Blick auf aktuelle Debatten über hohe Mietpreise, die Energiewende, die Entlohnung von Pflege- und Krankenhauspersonal oder die Marktmacht von Google oder Facebook zeigt.

Staatliche Interventionen in den Markt

- 1 Trotz grundsätzlicher Vorteile wird die Marktsteuerung durch Elemente staatlichen Handelns ergänzt. Einerseits sind Fälle denkbar, in denen der Preismechanismus keine befriedigenden Marktergebnisse herbeiführen kann.
- 5 Andererseits wird staatliches Handeln als Ergänzung der marktwirtschaftlichen Steuerung gefordert, wenn Marktergebnisse selbst als nicht akzeptabel angesehen werden. Die folgenden Aspekte geben Anlass für staatliche Rahmensexzenzen und Eingriffe:
- 10 • Wirtschaftlicher Erfolg bedeutet Macht. Macht wiederum bedeutet die Einschränkung der Freiheit Dritter. Unternehmen handeln im wohlverstandenen Eigeninteresse, wenn sie bestrebt sind, die Wettbewerbsintensität möglichst einzuschränken. So können Anbieter beispielsweise Preise absprechen oder Konkurrenz durch Zusammenschlüsse ausschalten. Wenn es Unternehmen auf diese Weise gelingt, monopolistische Macht (einziger Anbieter) dauerhaft zu etablieren, dann lässt der Effizienzdruck nach. (...)
- 15 20 • In der Marktwirtschaft spiegelt die Einkommensverteilung die Knaptheit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital wider. Knappe Produktionsfaktoren erzielen hohe Entgelte, weniger knappe hingegen geringe. Sach- und Humankapital (z. B. Maschinen und Wissen als Produktionsfaktoren) sind akkumulierbar. Bildungschancen sind ungleich verteilt. Beides verstärkt die ungleiche Ausstattung der Haushalte mit Sach- und Humankapital. (...) Marktwirtschaften sind effizient, aber nicht notwendigerweise gerecht. (...)
- 25 30 35 • Die langfristige wirtschaftliche Entwicklung marktwirtschaftlich geprägter Volkswirtschaften ist immer wieder von konjunkturellen Schwankungen (Zu- und Abnahme des Wirtschaftswachstums) überlagert. Außerdem bringt Wachstum naturgemäß strukturelle Veränderungen mit sich. (...)
- In einigen Fällen versagt der Marktmechanismus sogar als Koordinationsinstrument (z. B. bei negativen externen Effekten), so dass weitere staatliche Eingriffe oder Arrangements erforderlich werden.

Thomas Siebe: Mikroökonomie: Arbeitsteilung, Markt, Wettbewerb. Konstanz/München 2012, S. 89ff.

Umweltprobleme aus ökonomischer Sicht

- 1 Externe Effekte liegen immer dann vor, wenn Konsum oder Produktion Folgen für unbeteiligte Dritte haben. Da diese Folgen nicht über den Markt erfasst werden können, gelten Externalitäten als eine Form des Marktvangers. Bei positiven externen Effekten erzielen Dritte einen Nutzen aus einer Handlung, obwohl sie nicht – oder nicht in vollem Ausmaß – dafür bezahlen müssen, z. B. die Bereitstellung von Wissen, das von Wettbewerbern kostenlos genutzt werden kann.
- 5 10 15 20 25 Bei negativen externen Effekten ist die Wirtschaftshandlung mit Schäden/Aufwendungen für Dritte verbunden, deren Kosten nicht in die Kalkulation des Verursachers einfließen. Einigkeit besteht darin, die Kosten der negativen Externalitäten dem Verursacher aus Gründen der Gerechtigkeit und als Vermeidungsanreiz anzulasten. Das Denkschema der Externalität spielt ganz besonders in der Umweltökonomie eine Rolle. Umwelt- und gesundheitsbelastende Emissionen bei Konsum (z. B. Autofahren) und Produktion (z. B. Abgase beim Braunkohleabbau) sowie der Verbrauch nichtregenerierbarer Ressourcen sind Ausdruck für die Dringlichkeit des politischen Handelns. Ökonomische Instrumente zur Internalisierung der Kosten (z. B. Nutzungsrechte, Steuern und Abgaben) sollen gleichzeitig einen Anreiz für die Unterlassung des umweltschädigenden Handelns bilden.

Günther Seeber: Stichwort Externalität. In: Reinhold Hettke, Birgit Weber (Hg.): Wörterbuch ökonomische Bildung. Schwalbach/Ts. 2008, S. 115f.

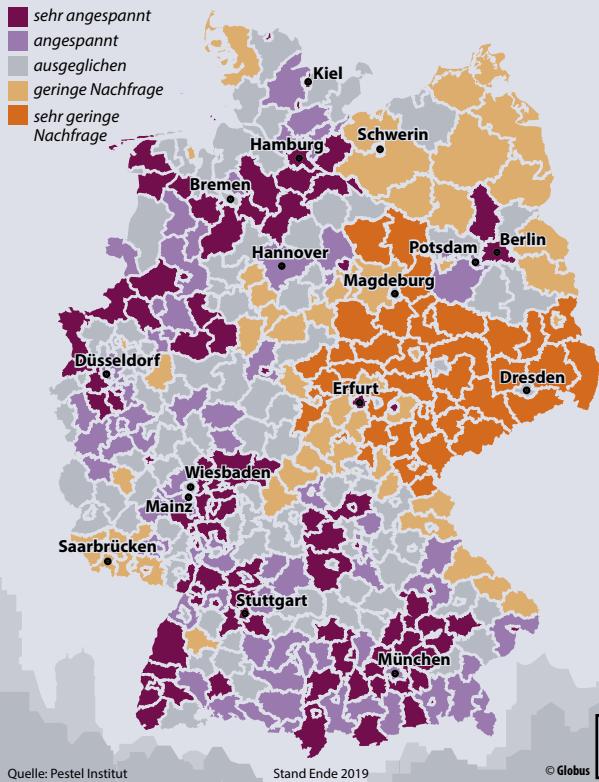
AUFGABEN

1. Beschreiben Sie mithilfe von Beispielen, wie Marktversagen zustande kommt.
2. Erläutern Sie am Beispiel negativer externer Effekte im Spannungsfeld Ökonomie und Ökologie, wie der Staat eingreifen könnte, um mögliches Marktversagen zu korrigieren.
3. Setzen Sie sich kritisch mit der Frage auseinander, ob in Deutschland ein Marktversagen im Spannungsfeld Ökonomie und Ökologie existiert.

Der Berliner Mietendeckel – ein Konzept für ganz Deutschland?

Wie ist die Situation am Wohnungsmarkt?

So ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in den Kreisen und kreisfreien Städten:



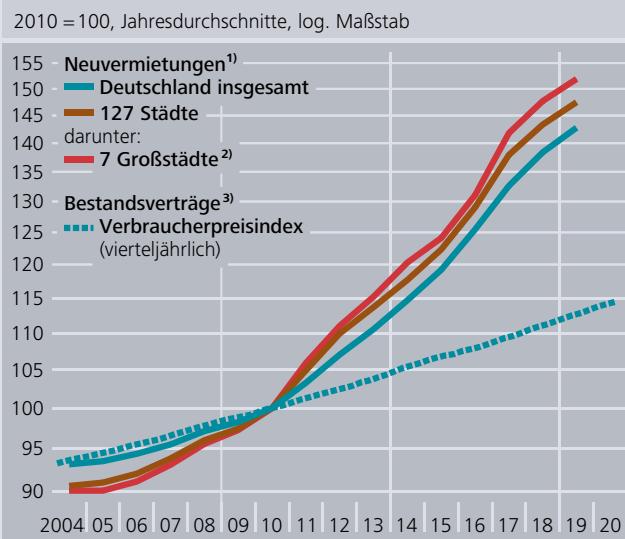
© Foto: picture alliance/dpa | Fabian Sommer



© Foto: picture alliance/dpa | Annette Riedl

Oben: Ein Bündnis aus Bau- und Wohnungswirtschaft sowie Vermieter*innen demonstrieren gegen Mietendeckel; Unten: Demonstration gegen steigende Mieten.

Wohnungsmieten in Deutschland



1) Transaktionsgewichtet. Berechnungen der Deutschen Bundesbank für Neuvertragsmieten auf Basis von Preisangaben der bulwiengesa AG.

2) Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München und Stuttgart.

3) Quelle: Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf Basis von Angaben des Statistischen Bundesamtes; beinhaltet zum Teil auch Neuvermietungen.

Mietendeckel in Berlin

Das sind die zentralen Punkte des Mietendeckels, auf die sich die Koalition in Berlin geeinigt hat:

- Die Mieten werden fünf Jahre lang eingefroren. Ab 2022 kann die Inflation mit 1,3 Prozent pro Jahr aufgefangen werden.
- Modernisierungen können mit einem Euro pro Quadratmeter umgelegt werden – ohne Genehmigung. (...)
- Vermieter dürfen bei Wiedervermietung nicht mehr verlangen als zuvor. Es wird außerdem eine Tabellenmiete geben, die greift, wenn die vorherige Miete zu hoch war. Wie (im Oktober 2019) bekannt wurde, liegt die Obergrenze in der Tabelle bei 9,80 Euro kalt je Quadratmeter. Dabei spielen das Baujahr und die Ausstattung der Wohnung eine Rolle, die Lage der Wohnung hingegen nicht. (...)
- Niedrige Mieten können bei Wiedervermietung um einen Euro pro Quadratmeter angehoben werden. (...)
- Definiert werden auch sogenannte Wuchermieten. Liegt die Miete über 120 Prozent der Tabelle, wird sie auf 120 Prozent reduziert. Es gibt Zu- und Abschläge für einfache, mittlere und gute Lagen.

Robin Wille: Mietendeckel in Berlin. So funktioniert das 9,80-Euro-Gesetz. In: spiegel.de vom 22.10.2019 (<https://t1p.de/spiegel-mietendeckel - Zugriff vom 12.10.2020>)



Brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel?

Caren Lay ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfaktion im Bundestag sowie Sprecherin für Mieten, Bau- und Wohnungspolitik.

Pro!

- 1 85 Prozent der Berlinerinnen und Berliner wohnen zur Miete. Immer mehr Menschen konnten sich angesichts des drastischen Mietenanstiegs der letzten Jahre ihre Wohnung nicht mehr leisten oder hatten Angst, sie zu verlieren. Der Berliner Mietendeckel verschafft den Mieterinnen und Mietern hier eine Atempause: Die Mieten werden fünf Jahre eingefroren. Bei Neuvermietung gelten Obergrenzen. Zu hohe Mieten können bei Neuvermietung abgesenkt werden. Mietsteigerungen durch Modernisierung werden beschränkt.

Mit dem Mietendeckel wird das neoliberalen Dogma des sich selbst regulierenden Marktes gebrochen. Der sogenannte „freie Markt“ diente zuletzt vor allem denjenigen, die Profite machten mit dem Kauf und Verkauf von Wohnungen oder deren Vermietung zu Höchstpreisen. Diese Form der Gewinnmaximierung wird nun begrenzt. Stattdessen werden überzogene Mieten gekappt und damit auch die grassierende Spekulation mit Wohnraum eingedämmt. Die Bezahlbarkeit der Miete geht nun vor.

- 20 Den Schutz vor Verdrängung hat kürzlich auch das Bundesverfassungsgericht höher gewertet als die Renditeerwartungen von Anlegern. Wenn nun von der Immobilienlobby mit dem Abzug der Investitionen gedroht wird, ist das politisch motivierte Panikmache. In den vergangenen zehn Jahren wurde in Berlin fast zehn Mal so viel in die Modernisierung des Bestands investiert wie in Neubau. Mieten in Neubauten nach 2014 sind vom Mietendeckel ausgenommen. Das bedeutet, dass ab jetzt mehr Investitionen in den Neubau gelenkt werden. Dort gehören sie auch hin. Mit dem Mietendeckel schreibt Berlin Geschichte.

Es hat jetzt den besten Mieterschutz der Republik.

Caren Lay: Brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel? In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 23.10.2019 (<https://t1p.de/rnz-pro-kontra-mietendeckel> – Zugriff vom 12.10.2020)

Linda Teuteberg ist Mitglied des Bundestages sowie ehemalige FDP-Generalsekretärin.

Kontra!

- 1 Der rot-rot-grüne Mietendeckel ist ein hässliches Besteck aus der Sozialismus-Küche. Kleine Hauseigentümer und Genossenschaften werden faktisch enteignet, Vertrauen in Planungssicherheit und Rechtsstaat untergraben – und dabei keine einzige neue Wohnung geschaffen. Neuer Wohnraum entsteht nicht durch Planwirtschaft, das hat die Geschichte der DDR gezeigt. Um Wohnraummangel zu beseitigen und Mieten zu senken, muss vielmehr das Angebot vergrößert werden. Und dazu müssen wir bauen, nicht deckeln.

Hier könnte nicht nur der Berliner Senat, sondern auch die Bundesregierung wirklich etwas tun. Beispielsweise indem das Baurecht endlich wieder vereinfacht wird. Seit 1990 hat sich die Zahl der Regulierungen in diesem Bereich vervierfacht – auf mittlerweile 20.000. Dieser Wildwuchs muss zurückgeschnitten und Baustandards kritisch überprüft werden. Denn immer neue und strengere Vorschriften treiben die Baupreise. Die Folgen: steigende Wohnkosten. Wir brauchen weniger Reglementierung und stattdessen bessere Anreize und kluge Förderprogramme, um mehr zu bauen und zu sanieren. Sowohl bei der Grunderwerb- als auch der Grundsteuer und bei der Klima- und Energiepolitik sollte jede Maßnahme auf ihre Wirkung auf die Wohnkosten hin überprüft und stark verteuerndes unterlassen werden. Denn gerade sie bestimmen maßgeblich die Wohnnebenkosten als zweite Miete. Dass es in Berlin und anderen Städten zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt, ist kein Markt-, sondern ein Politikversagen: zu viel Bürokratie, zu wenig Bau-land, zu hohe Kosten. Dagegen helfen keine Rezepte aus der sozialistischen Mottenküche. Dagegen hilft nur eine Politik, die eine Großstadt nicht mit einer Experimentierküche verwechselt.

Linda Teuteberg: Brauchen wir einen bundesweiten Mietendeckel? In: Rhein-Neckar-Zeitung vom 23.10.2019 (<https://t1p.de/rnz-pro-kontra-mietendeckel> – Zugriff vom 12.10.2020)

AUFGABEN

1. Beschreiben Sie die Bilder und Grafiken auf S. 12 und nennen Sie deren (Kern-)Aussagen.
2. Lesen Sie den Infokasten zum Mietendeckel sowie arbeitsteilig in Partner*innenarbeit eine der beiden Positionen zum Mietendeckel.
3. Stellen Sie sich die wesentlichen Aussagen des jeweiligen Kommentars vor. Sichern Sie das Verständnis der beiden Positionen über ein gezieltes Nachfragen (z.B. „Habe ich es richtig verstanden, dass die Politikerin fordert...“).
4. Prüfen Sie den Mietendeckel aus der Sicht a) eines Mieters mit geringem Einkommen / b) einer privaten Vermieterin, die eine Wohnung als Altersvorsorge gekauft und selbst renoviert hat / c) einer Wohnungssuchenden mit hohem Einkommen / d) eines Investors, der viele Wohnungen kaufen und dann mit Profit vermieten will.
5. Diskutieren Sie, inwiefern der Mietendeckel ein Konzept für ganz Deutschland oder für Ihre eigene Gemeinde bzw. Stadt sein könnte.

Soziale Marktwirtschaft in Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich in Deutschland eine Wirtschaftsordnung, die später als ein „dritter Weg“ zwischen freier Marktwirtschaft und Planwirtschaft bezeichnet werden sollte: die Soziale Marktwirtschaft. Ihre Vordenker*innen hatten Vertrauen in den Markt, sahen aber den Staat in der Verantwortung, negative Folgen der Marktwirtschaft auszugleichen. Heute gilt die Soziale Marktwirtschaft vielen als Vorbild.

Die soziale Marktwirtschaft

- 1 Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine Synthese grundsätzlich freier Märkte mit staatlicher Eingriffslegitimation. Marktwirtschaftliche Lösungen haben grundsätzlich Vorrang.
- 5 Die Planung findet dezentral statt und wird über Märkte koordiniert. Das private Eigentum am Sachkapital wird vom Staat garantiert. Insbesondere dort, wo die Marktwirtschaft zu unerwünschten Ergebnissen führt, hat der Staat den Auftrag, ordnend bzw. korrigierend einzutreten. (...)

Der Staat soll in der Sozialen Marktwirtschaft also „Spielregeln“ festlegen. Er darf darüber hinaus Marktergebnisse beeinflussen und unmittelbar in Märkte eingreifen. Allerdings gilt: Die Dispositionen der privaten Wirtschaftseinheiten haben grundsätzlich Vorrang vor staatlichen Maßnahmen. Im Zweifel dominiert das Individualprinzip kollektive Lösungen. Zudem gilt das Subsidiaritätsprinzip: Nur Aufgaben, für die keine individuellen Lösungen erkennbar sind, sollten dem Staat übertragen werden. (...)

Für staatliche Eingriffe gilt das Prinzip der Marktkonformität. Die Wirtschaftspolitik sollte vermeiden, Marktergebnisse von vornherein festzulegen. Während sich also beispielsweise die Besteuerung oder Subventionierung bestimmter Aktivitäten in diesen Rahmen einpassen, sollte sich der Staat bei der direkten Festlegung von Preisen und Mengen auf Märkten möglichst zurückhalten.

Thomas Siebe: *Mikroökonomie: Arbeitsteilung, Markt, Wettbewerb*, Konstanz/München 2012, S. 91 ff.

AUFGABEN

1. Arbeiten Sie tabellarisch die zentralen Merkmale der Sozialen Marktwirtschaft heraus. Nutzen Sie hierfür die Kategorien: Lenkung des Wirtschaftsgeschehens, Eigentumsform, Anreiz/Ziele, Preisbildung, Lohnbildung, Stärken, Schwächen.
2. Erklären Sie, wie die Soziale Marktwirtschaft versucht, das Vertrauen in den Markt und die Verantwortung des Staates miteinander zu verbinden.

Müller-Armacks Konzeption der sozialen Marktwirtschaft

Alfred Müller-Armack (1901-1978) war ein deutscher Nationalökonom sowie Kulturosoziologe und gilt als Begründer der sozialen Marktwirtschaft

- 1 Sinn der Sozialen Marktwirtschaft ist es, das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden. (...) Die Konzeption (...) baut auf der in der Forschung der letzten Jahrzehnte gewonnenen Einsicht auf, dass Wirtschaftspolitik ohne eine klare Entscheidung für ein Koordinierungsprinzip nicht erfolgreich geführt werden kann. Die negativen Erfahrungen, die mit interventionistischen Mischsystemen gemacht wurden, haben die (...) Wirtschaftsordnungstheorie zu 10 der Einsicht geführt, dass das Prinzip des Wettbewerbs als unerlässliches Organisationsmittel von Massengesellschaften nur funktionsfähig ist, wenn eine klare Rahmenordnung den Wettbewerb sichert. (...)
- 20 Soziale Marktwirtschaft ist eine bewusst gestaltete Gesamtordnung. Ihr primäres Koordinierungsprinzip soll der Wettbewerb sein. Sie beruht auf der Einsicht, dass (...) es möglich ist, die sozialen Aufgaben der modernen Gesellschaft in einem System des freien Wettbewerbs besser als bisher zu erfüllen. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft kann so als eine ordnungspolitische Idee definiert werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbspolitik die freie Initiative mit einem gerade durch marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden.
- 30 Auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Gesamtordnung kann ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden. Nur in einem marktwirtschaftlichen System vermögen die (...) Konsumenten die Wirtschaft nach ihrem Bedürfnis zu lenken.
- 35 Alle zentrale Lenkung sucht demgegenüber die Güterströme anders fließen zu lassen, als es dem Wunsch der Konsumenten entspricht. (...) Diese Orientierung am Verbrauch bedeutet bereits eine soziale Leistung der Marktwirtschaft. In gleicher Richtung wirkt die durch das Wettbewerbssystem gesicherte und laufend erzwungene Produktivitätserhöhung als eine soziale Verbesserung, die umso größer und allgemeiner ist, je mehr durch den Wettbewerb einseitige Einkommensbildungen (...) eingedämmt werden. (...)



40 Der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft beschränkt sich jedoch nicht darauf, lediglich das Instrumentarium der Konkurrenz sozial funktionsfähig zu machen. Der marktwirtschaftliche Einkommensprozess bietet der Sozialpolitik ein tragfähiges Fundament für eine staatliche
 45 Einkommensumlenkung, die in Form von Fürsorgeleistungen, Renten- und Ausgleichszahlungen, Wohnungsbauschüssen, Subventionen usw. die Einkommensverteilung korrigiert. (...) Das regulative Prinzip sozialer Interventionen in der Marktwirtschaft ist hierbei ihre
 50 Verträglichkeit mit dem Funktionieren einer marktwirtschaftlichen Produktion und der ihr entsprechenden Einkommensbildung. Gewiss kann bei der Einkommensumleitung für soziale Ausgaben leicht die Schwelle überschritten werden, an der die Störung des Marktes beginnt.
 55 Unbestreitbar ist jedoch, dass ein expandierendes Marktsystem erhebliche Lasten der Einkommensumleitung zu tragen vermag, so dass über die grundsätzliche Vereinbarkeit einer sozialen Einkommenssicherung mit einer Marktwirtschaft kein Zweifel bestehen
 60 sollte.

Alfred Müller-Armack: *Soziale Marktwirtschaft*. In: Ders. (Hg.) *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*. Bern/Stuttgart 1976, S. 243f.

Wirtschaftsordnung und Grundgesetz

1 Werfen wir also einen Blick auf die für die wirtschaftliche Betätigung relevanten – die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht bindenden – Grundrechte. Das
 5 Grundgesetz garantiert in seinem Artikel 14 das Privat-eigentum einschließlich des unternehmensbestimmten Eigentums und seiner ökonomischen Nutzbarkeit. Es gewährt in Art. 12 Abs. 1 Satz 1 Berufs- und damit auch Gewerbe- und Unternehmerfreiheit sowie das Recht der
 10 freien Wahl des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte. Ferner gewährleistet die Verfassung in Art. 11 Abs. 1 das Recht, an jedem Ort im Bundesgebiet Aufenthalt und Wohnung zu nehmen. Allen Deutschen wird in Art. 9 Abs. 1 GG das Recht der Gründung von Handels-
 15 gesellschaften soziaterer und korporativer Art, das Recht der Betätigung in solchen Vereinigungen, des Austritts, der Auflösung und des Fernbleibens von Korporationen gewährt. Die Freiheit des Abschlusses von Verträgen und der autonomen Vertragsinhaltsbestim-
 20 mung ist, sofern nicht spezielle Garantien betroffen sind, Bestandteil der in Art. 2 Abs. 1 GG gewährleisteten allgemeinen Handlungsfreiheit. Schließlich eröffnet Art. 9 Abs. 3 GG das Recht, Koalitionen zu gründen, ihnen beizutreten oder fernzubleiben und über die Koalitionen
 25 die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in einer Ordnung der sozialen Selbstverwaltung privatautonom festzulegen.

Folgerungen aus der Gesamtschau

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass sich das Bundesverfassungsgericht die Grundannahme wirtschaftspolitischer Neutralität des Grundgesetzes zu Eigen macht. „Das Grundgesetz“, heißt es im Mitbestimmungs-Urteil vom 1. März 1979, enthalte „keine unmittelbare Festlegung und Gewährleistung einer bestimmten Wirtschaftsordnung“. Diese Grundannahme bedeutet jedoch nicht, dass sich Regierung und Gesetzgebung in jedem Fall wirtschaftspolitisch neutral verhalten müssten. Schon in seinem Urteil über die Verfassungsmäßigkeit des Investitionshilfegesetzes vom 20. Juli 1954 hat das Bundesverfassungsgericht vielmehr klargestellt, dass die „wirtschaftspolitische Neutralität“ des Grundgesetzes lediglich darin bestehe, dass sich der Verfassungsgeber nicht ausdrücklich für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden habe. Dies ermögliche dem Gesetzgeber, die ihm jeweils sachgemäß erscheinende Wirtschaftspolitik zu verfolgen, sofern er dabei das Grundgesetz beachte. Das Bundesverfassungsgericht ist damit dem Versuch entgegengetreten, dem Grundgesetz eine das Wirtschaftssystem konstituierende Entscheidung zu entnehmen, die den Staat auf ein bestimmtes ökonomisches Ordnungsmodell verpflichtet. (...)

Gleichwohl ergibt sich aus der vollzogenen Gesamtschau der grundrechtlich verbürgten Freiheiten für die wirtschaftliche Betätigung, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine bestimmte Wirtschaftsordnung sicher nicht entstehen kann: eine Wirtschaftsordnung, die eine Koordination der Volkswirtschaft prinzipiell im Wege der Zentralverwaltung und in einem System imperativer und zentralisierter Staatsplanung bewerkstelligen wollte.

50 Das Grundgesetz ist also nicht in dem Sinne neutral, dass die vorgefundene und gewachsene Wirtschaftsordnung prinzipiell in eine Zentralverwaltungs- oder Zentralplanwirtschaft umstrukturiert werden könnte.

Hans-Jürgen Papier: *Wirtschaftsordnung und Grundgesetz*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Nr. 13/2007, S. 4



Hier gelangen Sie zum Video „Gesetzliche Sozialversicherung einfach erklärt“:
www.youtube.com/watch?v=HfACZulfUMA – Zugriff vom 3.2.2021

AUFGABEN

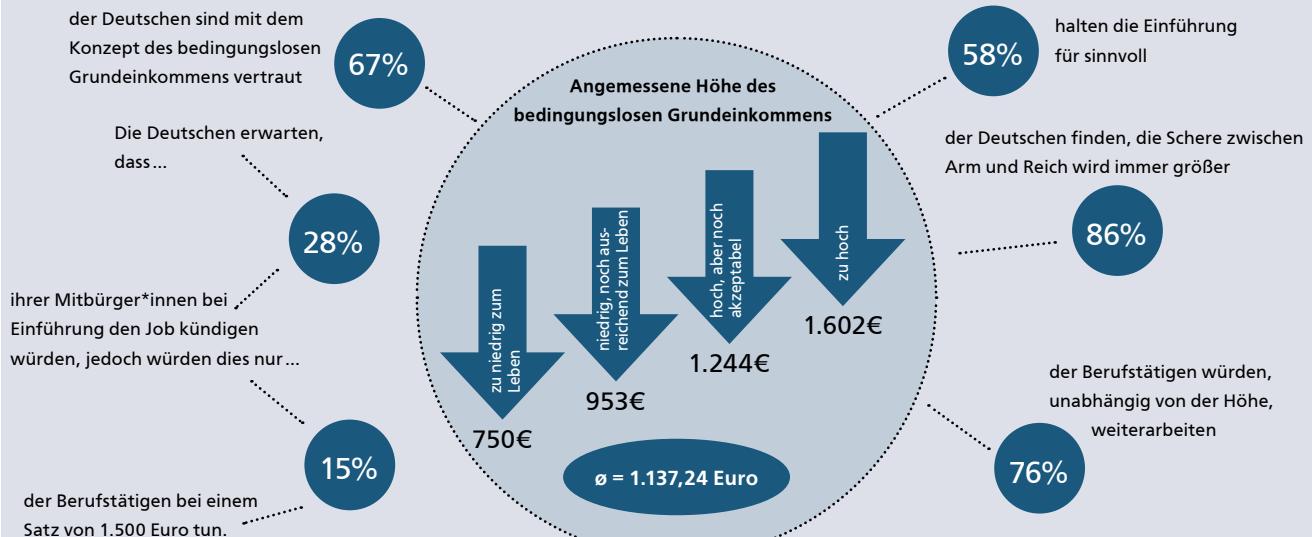
1. Prüfen Sie, welche Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftspolitik durch das Grundgesetz aufgezeigt werden.
2. Entwickeln Sie Lösungswege für die im Video „Gesetzliche Sozialversicherung einfach erklärt“ angesprochenen Probleme (ab Minute 2:20).

Das bedingungslose Grundeinkommen – Träumerei oder die Zukunft des Sozialstaates?

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein Finanztransferkonzept, nach dem alle Bürger*in eine gesetzlich festgelegte und für alle gleiche finanzielle Zuwendung vom Staat erhalten – ohne dafür eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Das bedingungslose Grundeinkommen

Eine repräsentative Umfrage unter 1.024 Deutschen zwischen 18 und 69 Jahren zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen



Quelle und Grafik nach: splendid-research.com (www.splendid-research.com/de/studie-bedingungsloses-grundeinkommen.html – Zugriff vom 30.10.2020)

Ein bedingungsloses Grundeinkommen sorgt für weniger Bürokratie und weniger Druck auf dem Arbeitsmarkt



Reint Gropp ist Wirtschaftsforscher und Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung. Der MDR stellt hier seine Position zum BGE vor.

- 1 „Wenn wir ein bedingungsloses Grundeinkommen von meinetwegen 1.000 Euro einführen, bräuchten wir keine Sozialleistungen mehr. Wir bräuchten keine Arbeitslosenversicherung mehr, wir bräuchten kein Hartz IV mehr.“
- 5 Weil jeder ein Mindestauskommen hat.“ Die Abschaffung der Bürokratie wäre ein großer Gewinn. Wenn das Grundeinkommen an bestimmte Bedingungen wie Einkommengrenzen geknüpft wäre, würde es hingegen wenig bringen. Dann wäre es am Ende nur eine weitere
- 10 Sozialleistung. Der renommierte Ökonom hält die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens auch für bezahlbar. Voraussetzung sei allerdings eine Art Bierdeckel-Steuer, wo auf jeden Euro ein fester Satz von ca. 35 Prozent abgeführt werde. „Man würde das Steuersystem sehr stark reformieren müssen, die ganzen Abschreibungen und Steuervergünstigungen müsste man abschaffen. Dann käme das ungefähr hin.“

Gropp widerspricht auch dem Argument, dass bei einem bedingungslosen Grundeinkommen viele Menschen nicht mehr arbeiten würden. „Man hat etwas zu tun, man trifft seine Leute. Arbeit ist ja nicht nur etwas Schreckliches.“ Entscheidend sei, dass der Druck wegfielle, eine bestimmte Arbeit anzunehmen. Die Menschen bekämen die Möglichkeit und auch die Freiheit, so viel zu arbeiten, wie sie wollten. Arbeit würde dadurch sehr viel flexibler. Zudem würden bestimmte Gruppen in den Arbeitsmarkt integriert, die derzeit wenige Möglichkeiten hätten. Frauen zum Beispiel bräuchten flexible Arbeitszeiten, für sie wäre es einfacher.

- 20 Nach Ansicht des Wirtschaftsprofessors könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen auch zu höheren Löhnen führen. Die Arbeitnehmer hätten keinen ökonomischen Druck mehr, jeden beliebigen und schlecht bezahlten Job anzunehmen. Sie könnten höhere Löhne einfordern und würden sie möglicherweise auch bekommen. Denn die Arbeit müsse ja schließlich gemacht werden, so Gropp.
- 25
- 30
- 35

*MDR aktuell: Wirtschaftsforscher für bedingungsloses Grundeinkommen.
In: MDR aktuell vom 1.10.2020 (www.mdr.de/nachrichten/wirtschaft/inland/wirtschaftsforscher-gropp-bedingungsloses-grundeinkommen-100.html – Zugriff vom 15.10.2020)*



Ein bedingungsloses Grundeinkommen schafft ein Paradies für Unternehmer*innen, trägt aber nichts zu sozialer Gerechtigkeit bei

Kontra!

Christoph Butterwegge lehrte bis 2016 als Professor für Politikwissenschaft an der Uni Köln und kandidierte 2017 für die Partei „Die Linke“ als Bundespräsident.

1 Modebegriffe wie „Industrie 4.0“ oder „Internet der Dinge“, Bilder einer menschenleeren Fabrik und Horrorszenarien, wonach die künftige Herrschaft der Algorithmen für einen Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung 5 sämtliche Verdienstmöglichkeiten in der Arbeitswelt beseitigt, lassen das (*bedingungslose*) Grundeinkommen als Rettungsanker in einer aus den Fugen geratenen Welt erscheinen. Dabei ist jegliche Panikmache unangebracht. Denn: Auch bei früheren wissenschaftlich-technischen 10 Umbrüchen wie der Elektrifizierung, der Motorisierung und der Computerisierung ging der Gesellschaft nie die (Erwerbs-)Arbeit aus. An vergleichbaren Horrorszenarien herrschte indes auch damals kein Mangel.

Die einflussreichsten Modelle des bedingungslosen 15 Grundeinkommens laufen auf eine Zerschlagung des bestehenden Sozialstaates hinaus. Dieser schafft – zumindest seinem Anspruch nach – Bedarfsgerechtigkeit, sichert Erwerbslose durch Lohnersatzleistungen halbwegs ab und anerkennt die Lebensleistung von Menschen im 20 Ruhestand durch Zahlung einer Rente oder Pension. Dagegen sieht das Grundeinkommen von den konkreten Arbeits-, Lebens-, Einkommens- und Vermögensverhältnissen seiner Bezieher ab (...).

(Das *bedingungslose* Grundeinkommen, BGE) wäre in 25 Wirklichkeit ein Paradies für Unternehmer, die Lohndumping betreiben und ihren Beschäftigten noch weniger Geld zahlen müssten, sofern der Staat ihren Lebensunterhalt auf einem Minimalniveau sichert. Da die Menschen nicht bloß der Existenzsicherung wegen arbeiten, sondern 30 auch, weil sie darin ihren Lebenssinn sehen, sich nützlich machen wollen und/oder der Gesellschaft etwas zurückgeben möchten, dürften die meisten BGE-Empfänger an einer Weiterbeschäftigung interessiert sein. (...)

Eine steuerfinanzierte Transferleistung wie das Grund- 35 einkommen hat gegenüber einem beitragsfinanzierten Sicherungssystem den Nachteil, dass ihre Bezieher von der Kassenlage des Staates abhängig werden: Unter dem Druck haushalts- und finanzpolitischer „Sparzwänge“ bestünde die Gefahr, dass keine Dynamisierung (der Höhe) des Grundeinkommens stattfände, sondern Kürzungen beschlossen würden, wenn die Steuereinnahmen sinken oder wenn man andere Staatsausgaben für vordringlicher hält. (...)

Wer die soziale Ungleichheit verringern und die Armut in 45 einem reichen Land bekämpfen will, muss die davon

Betroffenen gezielt unterstützen und die Reichen stärker zur Kasse bitten, aber nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich behandeln, wie es das Grundeinkommen tut. Dieses ist so konstruiert, dass sich an der ungerechten 50 Vermögensverteilung nichts ändert. Das bedingungslose Grundeinkommen trägt höchstens dann zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei, wenn es über die Erhöhung oder Erhebung von Gewinn- beziehungsweise Vermögensteuern refinanziert wird. Doch das sehen nur linke Modellvarian- 55 ten vor, die keinerlei Realisierungschancen haben.

Das bedingungslose Grundeinkommen verringert weder soziale Ungleichheit noch Armut oder die Erwerbslosigkeit. Vielmehr würde es dem Staat erlauben, seine beschäftigungspolitische Passivität mit einer Geldzahlung an 60 die Betroffenen zu rechtfertigen. Es mag im Interesse von Unternehmern liegen, die von der Digitalisierung erzeugten Rationalisierungsverlierer per Grundeinkommen ruhigzustellen. Ziel einer sozialen Politik ist es nicht. Mittels einer Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip kann man 65 weder die Kluft zwischen Arm und Reich schließen noch den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Nötig wäre vielmehr eine gezielte Bekämpfung der Armut. Das bedeutet: Staatliche Mittel müssen gezielt denen zugutekommen, die Unterstützung benötigen, um in Würde 70 leben zu können. Wohlhabende, Reiche und Hyperreiche benötigen keine zusätzlichen Finanzmittel.

Christoph Butterwegge: Brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen? Nein, das ist sozial kaschierter Neoliberalismus. In: Publik Forum Nr. 1/2018, S. 18

AUFGABEN

1. Fassen Sie die wesentlichen Aussagen der Grafik auf S. 16 zusammen.
2. Positionieren Sie sich spontan vor dem Lesen der Texte: Sind Sie bezogen auf eine Einführung des BGE „sehr dafür“, „dafür“, „dagegen“ oder „sehr dagegen“? Werten Sie die Ergebnisse Ihres Kurses aus und vergleichen Sie diese mit den Aussagen der Grafik.
3. Arbeiten Sie die Argumente für bzw. gegen die Einführung eines BGE aus den Texten heraus. Recherchieren und ergänzen Sie weitere Argumente. Führen Sie anschließend im Kurs eine Pro-Kontra-Debatte zum Thema durch.
4. Nehmen Sie kritisch Stellung zur Aussage Butterwegges, es handele sich beim BGE um eine alternative Leistungsart, die mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates bricht sowie seine ganze Architektur bzw. Struktur zerstören würde.

Die Sozialordnung der Sozialen Marktwirtschaft

- 1 Der Begriff Sozialordnung (SO) im weiteren Sinn (...) meint die Gesamtheit der für den Aufbau der Gesellschaft und für die Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern und gesellschaftlichen Gruppen 5 geltenden Regeln und zuständigen Institutionen. Im engeren Sinn versteht man unter SO die Gesamtheit der Institutionen und Normen zur Regelung der sozialen Stellung von Individuen und Gruppen in der Gesellschaft – soweit sie wirtschaftlich bedingt ist 10 (z.B. durch Einkommen, Vermögen, Beruf) – sowie zur Regelung der wirtschaftlich begründeten sozialen Beziehungen zwischen Gesellschaftsmitgliedern (z.B. der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen). (...)
- Die soziale Qualität einer Gesellschaft hängt vor allem 15 von der Wirtschaftsordnung ab, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse die soziale Stellung von Individuen und Gruppen nachhaltig prägen. Sozialer Status, soziale Stellung und soziale Sicherheit von Einzelnen und Gruppen hängen u.a. von der Einkommens- und 20 Vermögensverteilung, von der Gleichheit bzw. Ungleichheit der Startchancen und den Möglichkeiten der individuellen Entfaltung in der Wirtschaft ab. (...)
- Die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik weist (...) einen hohen sozialen Grundgehalt auf. Folgende 25 Faktoren bestimmen nach den in sozialstaatlich geprägten Gesellschaften vorherrschenden Wertvorstellungen (Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat) das Ausmaß des sozialen Grundgehalts einer Wirtschaftsordnung:
- ihre Eignung, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und das entstehende Einkommen (Verteilung) und Vermögen (Vermögenspolitik) leistungsgerecht zu verteilen (...);
 - ihre Eignung, Arbeitslosigkeit zu vermeiden;
 - ihre Möglichkeiten, Mittel für den Lebensunterhalt 35 arbeitsunfähiger oder leistungsschwacher Gesellschaftsmitglieder freizusetzen;
 - ihre Fähigkeit, Kaufkraftstabilität zu gewährleisten (...);
 - ihre Fähigkeit, (...) Grundrechte zu gewährleisten;
 - ihre Fähigkeit, durch Koalitionsfreiheit wirtschaftliche 40 und soziale Gruppeninteressen geltend zu machen und einen Ausgleich der Interessen (...) herbeizuführen.
- (...) Für die optimale Abstimmung und die gleichzeitige möglichst weitgehende Erreichung wirtschaftlicher und sozialer Ziele ist entscheidend, welche Prinzipien 45 für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung und der SO befolgt werden. (...) Das Prinzip der Selbstverantwortung (Eigenverantwortung) verlangt, dass durch Sozialpolitik persönliche Freiheit und Selbstverantwortung möglichst wenig beschnitten werden. Das Subsidiari-

tätsprinzip erfordert, dass kein Sozialgebilde Aufgaben an sich ziehen soll, die der Einzelne oder kleinere Sozialgebilde aus eigener Kraft und Verantwortung mindestens gleich gut lösen können, räumt also der Selbsthilfe

- 55 Vorrang vor der Fremdhilfe ein (...). Das Solidaritätsprinzip beruht auf der wechselseitigen Verbundenheit und einer sich daraus ergebenden ethisch begründeten gegenseitigen Verantwortlichkeit (...) und besagt, dass die Übereinstimmungen in den Lebenslagen und die 60 Interessenkonvergenz Grundlage wechselseitiger Hilfe sein sollen. (...)

Im Rahmen des Systems Sozialer Sicherung werden das Fürsorge-, das Versorgungs- und das Versicherungsprinzip angewendet. Im Falle des Fürsorge-

- 65 prinzips werden bei Eintritt eines Schadensfalles bei Bedürftigkeit der Betroffenen öffentliche Leistungen ohne vorherige Beitragsleistung in einer Art und einer Höhe gewährt, die den Besonderheiten der Lage des Betroffenen entsprechen. (...)

- 70 Bei Anwendung des Versorgungsprinzips entstehen Leistungsansprüche aufgrund von Leistungen für den Staat (Dienstleistungen als Beamte, Wehrdienst). Auf die nach Art und Höhe normierten Versorgungsleistungen besteht ein Rechtsanspruch. Sie werden aus

- 75 Steuereinnahmen finanziert. (...) Das Versicherungsprinzip beruht auf der Einsicht und der Erfahrung, dass der im Einzelfall nicht vorhersehbare Risikoeintritt und der nicht vorher bestimmbarer Bedarf an Mitteln für eine größere Gesamtheit von – durch

- 80 gleichartige Risiken betroffenen – Personen zu kalkulierbaren Größen werden. Die Leistungen beruhen auf einem Rechtsanspruch, sind nach Art und Höhe normiert und werden auch weitgehend für nicht erwerbstätige Familienmitglieder erbracht. Sie werden

- 85 durch Beiträge finanziert, die jedoch – im Gegensatz zur Privatversicherung – nicht nach individuellen Risikowahrscheinlichkeiten kalkuliert, sondern entsprechend dem Solidaritätsprinzip an der Zahlungsfähigkeit der Versicherten orientiert sind.

Heinz Lampert: Sozialordnung. In: Lexikon der Sozialen Marktwirtschaft, Konrad-Adenauer-Stiftung online (www.kas.de/de/web/soziale-marktwirtschaft/sozialordnung – Zugriff vom 19.10.2020)

AUFGABEN

1. Skizzieren Sie die Sozialordnung der Sozialen Marktwirtschaft.
2. Ordnen Sie dem Fürsorge-, dem Versorgungs- sowie dem Versicherungsprinzip die folgenden Leistungen zu: Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II, Kindergeld. Begründen Sie die Zuordnung, indem Sie auf die Leistungsberechtigten sowie die Finanzierung eingehen.



Welche Ziele sollte die Wirtschaftspolitik verfolgen?

Ziele der Wirtschaftspolitik

1 Die Ziele einer staatlichen Wirtschaftspolitik sind nicht vorgegeben, sondern müssen sich in einem demokratischen Prozess herausbilden. Da die Wirtschaft ein Teilbereich der Gesellschaft ist, erfolgt eine Orientierung an 5 gesellschaftspolitischen Grundwerten, wie z.B. Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit. Aus diesen gesellschaftlichen Grundwerten werden gewissermaßen als Unterziele die wirtschaftspolitischen Ziele abgeleitet.

In der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland 10 wurden wirtschaftspolitische Ziele nicht ausdrücklich formuliert. Das politische Handeln ergab sich vielmehr aus den historischen Rahmenbedingungen und den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft (...).

Mit dem Auftreten der konjunkturellen Probleme Anfang 15 der sechziger Jahre wurde von einem „Magischen Dreieck“ gesprochen, aus dem mit dem 1967 beschlossenen Stabilitätsgesetz (StabG) ein Viereck wurde. Gemäß § 1 StabG sind die Maßnahmen „so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig 20 zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“. Im magischen Dreieck wurden Vollbeschäftigung und Wachstum noch als ein Ziel angesehen. Das 25 Wort „magisch“ bedeutet, dass es Zauberkünste erfordert, die Ziele alle gleichzeitig zu realisieren.

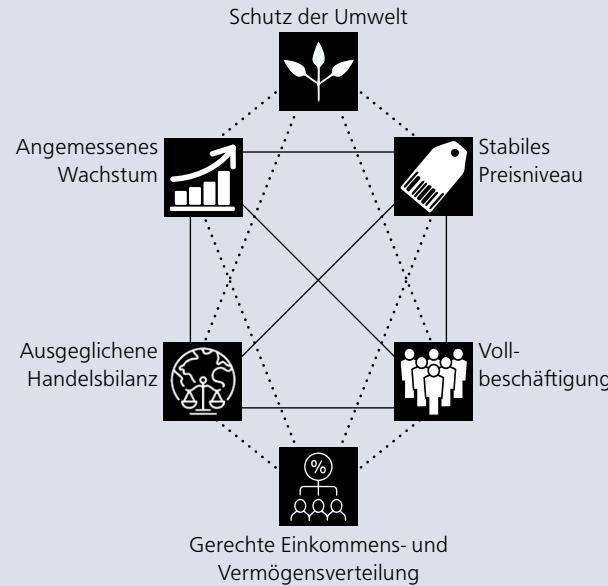
Obwohl das Ziel einer Verbesserung der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht im Stabilitätsgesetz enthalten ist, ist es bedeutender Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Seit mehreren Jahren wird auch noch vom 30 Ziel der lebenswerten Umwelt gesprochen. Berücksichtigt man diese zwei Teilbereiche, kommt man zum magischen Sechseck.

Ulrich Giese: Staat und Wirtschaft. Eine volkswirtschaftliche Einführung, Berlin 2009, S. 80f.

AUFGABEN

1. Beschreiben Sie die Ziele des Stabilitätsgesetzes in eigenen Worten.
2. Überprüfen Sie mithilfe der Grafiken auf S. 20, inwiefern die Ziele des Stabilitätsgesetzes erreicht werden.
3. Prüfen Sie, ob zwischen den einzelnen Zielen des magischen Sechsecks ein Zielkonflikt, Zielneutralität oder Zielharmonie herrscht.
4. Begründen Sie, ob Sie einem oder mehreren Zielen des magischen Sechsecks Vorrang vor den übrigen Zielen geben würden.

Das magische Sechseck der Wirtschaftspolitik



Die Ziele des magischen Vierecks

- Ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum – staatliche Maßnahmen sollen auf eine Verstärkung der Zuwachsrate der Produktion zielen, um so Beschäftigungsschwankungen zu verhindern;
- ein hoher Beschäftigungsstand – Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte trägt zur Wohlstandssteigerung bei, weil andernfalls auf mögliche Produktion verzichtet wird. Gleichzeitig gefährdet eine hohe Arbeitslosigkeit den sozialen Frieden;
- Preisniveaustabilität – um die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus nicht zu gefährden und unerwünschte Verteilungswirkungen zu vermeiden. Inflation begünstigt Gewinneinkommen und belastet Personen, die ihr Einkommen nicht am Markt handeln können;
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht – die wirtschaftliche Entwicklung im Inland soll möglichst durch die außenwirtschaftliche Entwicklung nicht negativ beeinflusst werden.

Thomas Siebe: Mikroökonomie: Arbeitsteilung, Markt, Wettbewerb. Konstanz/München 2016. 2., überarbeitete Auflage, S. 104f.



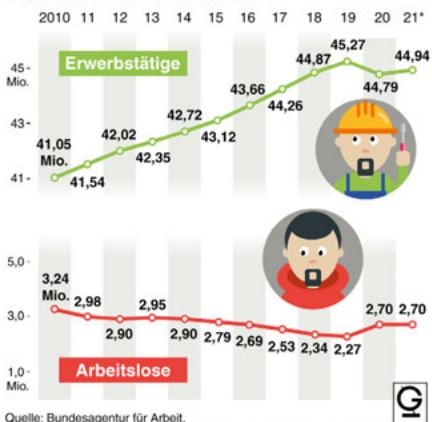
ZUSATZ: Es ist höchst umstritten, was ein „angemessenes Wirtschaftswachstum“ sein sollte. Hier erfahren Sie, wie eine Wende zu weniger Wirtschaftswachstum aussehen könnte und welche Schwierigkeiten sich dabei stellen:

<https://t1p.de/zeit-weniger-ist-schwer> – Zugriff vom 28.1.2020

Wirtschaftspolitik in Zahlen

Arbeitsmarkt-Prognose

Angaben für Deutschland in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Stat. Bundesamt, ifo Institut (Dez. 2020)

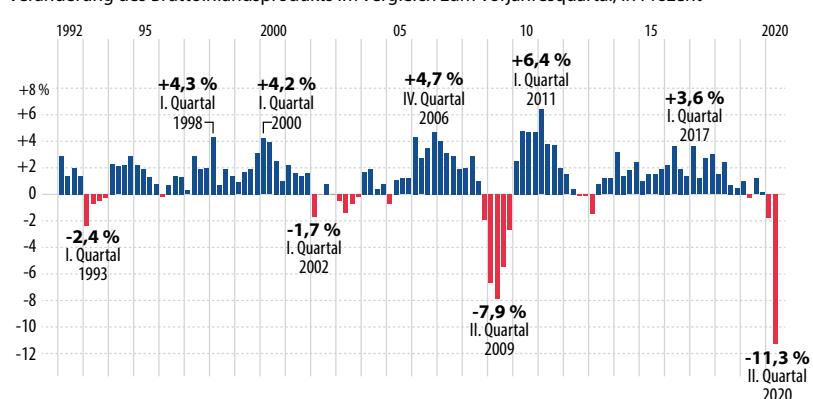
*Prognose



© Globus 14413

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahresquartal, in Prozent

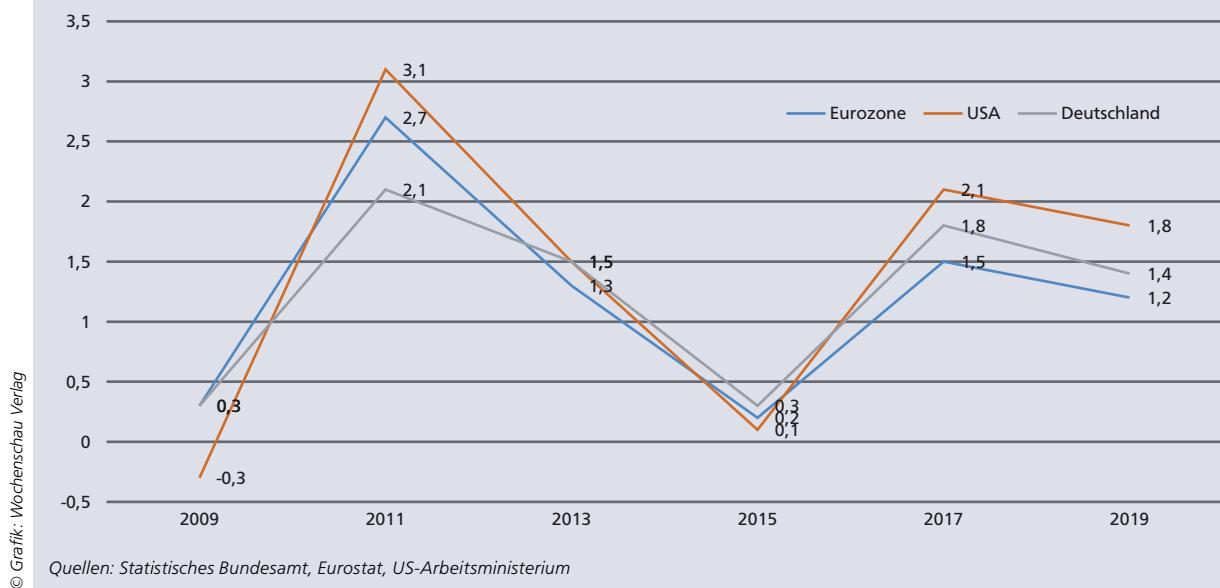


dpa•101420

Quelle: Statistisches Bundesamt

Inflationsrate in Deutschland, den USA und der Euro-Zone

in Prozent gegenüber dem Vorjahr



© Grafik: Wochenschau Verlag

Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, US-Arbeitsministerium

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels

	Warenexport	Warenimport	Exportüberschuss	Warenexport	Warenimport
	in Mio. Euro			Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent	
2019	1.327.796	1.104.565	223.230	0,8	1,5
2017	1.278.958	1.031.013	247.946	6,2	8,0
2015	1.193.555	949.245	244.310	6,2	4,3
2013	1.088.025	890.393	197.632	-0,4	-1,0
2011	1.061.225	902.523	158.702	11,5	13,2

Quelle: Statistisches Bundesamt



Umgang mit Statistiken und Tabellen

Ohne Zahlen geht's nicht

Statistiken erfordern ein Verständnis für Zahlen. Im Politikunterricht werden ihnen folgende Arten von Zahlen begegnen:

- **Absolute Zahlen** finden Sie oft in Tabellen (z. B. Einwohnerzahlen). Nicht immer lassen sie sich gut miteinander vergleichen: So ist es bspw. ein Unterschied, ob in einer Firma mit 100 Angestellten zehn Frauen arbeiten oder ob genauso viele Frauen in einem Unternehmen mit 1000 Mitarbeiter*innen tätig sind.
- **Relative Zahlen** sind Prozentangaben (Arbeitslosenquote) oder Beziehungszahlen (z. B. Einwohnerzahl im Verhältnis zur Fläche). In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, was die Bezugsgröße ist – also zum Beispiel, wie viele Leute befragt wurden.
- **Reale bzw. nominale Zahlen** unterscheiden sich wie folgt: Eine Lohnerhöhung von zwei Prozent ist eine nominale Steigerung von zwei Prozent. Sind die Lebenshaltungskosten aber zeitgleich um 1,5 Prozent gestiegen, beträgt die reale Erhöhung nur 0,5 Prozent. Die reale Zahl ist also die, die nach einer Bereinigung übrig bleibt.
- **Indexzahlen** werden verwendet, wenn die Entwicklung innerhalb einer Zeitreihe beschrieben wird (z. B. die Steigerung der Lebenshaltungskosten zwischen den Jahren 2000 und 2010). Dabei wird der Wert des Ausgangsjahres mit 100 gleichgesetzt und mit allen anderen nachfolgenden Jahren in Beziehung gesetzt.

So entschlüsseln Sie Statistiken

1. Formale Untersuchung

- Worum geht es? Wie lautet der Titel der Statistik?
- Wie werden die Daten präsentiert? Handelt es sich um eine Tabelle, ein Kreis-, Säulen-, Balken- oder Kurvendiagramm?
- Welche Zahlenarten liegen vor (vgl. oben)? Wie wurden sie gewonnen (gezählt, geschätzt ...)?
- Ist die Quelle angegeben? Wer hat die Daten erhoben?

2. Beschreibung

- Wie ist die Statistik aufgebaut? Was steht wozu im Verhältnis oder im Vergleich?
- Welche Extremwerte und/oder welche Entwicklungstendenz lassen sich erkennen (bspw. gleichmäßig oder sprunghaft ...)?
- Wie lässt sich die zentrale Aussage der Statistik zusammenfassen?

3. Interpretation

- Wie lässt sich die Entwicklung oder Tendenz erklären?
- Wie lassen sich die Aussagen in einen größeren sachlichen Zusammenhang bringen?

4. Bewertung

- Passt die Darstellungsform zum Inhalt?
- Ist die Quelle seriös und lassen sich die Daten nachvollziehen und überprüfen?
- Sind die Daten aussagekräftig genug oder bilden sie den Sachverhalt nur unzureichend ab?
- Wie ist die Aussage zu bewerten? Ergibt sich daraus Handlungsbedarf für die Politik?

AUFGABEN

1. Analysieren Sie die Grafiken auf S. 20 mithilfe der vier vorgegebenen Schritte.
2. Recherchieren und ergänzen Sie aktuelle sowie in den Grafiken noch geschätzte Werte.
3. Erklären Sie, inwiefern die Grafiken wichtige wirtschaftspolitische Ziele eines Staates abbilden.

Wie wird der Wettbewerb gesichert?

Fallbeispiel 1: Kartellamt verhängt Bußgeld von 646 Mio. Euro gegen Stahlkonzerne

Es ist eine der höchsten Kartellstrafen, die in Deutschland je verhängt worden sind: Wegen verbotener Preisabsprachen hat das Bundeskartellamt mehreren Stahlherstellern ein Bußgeld von insgesamt 646 Millionen Euro aufgebrummt. Sie haben sich nach Darstellung der Bonner Wettbewerbshüter (von Mitte 2002 bis Sommer 2016) über bestimmte Aufpreise und Zuschläge verständigt. Mit dabei waren Thyssen-Krupp, die Salzgitter AG, die österreichische Voestalpine sowie die Dillinger Hütte aus dem Saarland, die das Kartell verraten hat und deshalb straffrei ausgeht. (...) Von den Bußgeldern entfällt mit 370 Millionen Euro der größte Brocken auf Thyssen-Krupp. (...) Theoretisch könnten die Unternehmen noch Einspruch einlegen, was Voestalpine und Thyssen-Krupp aber ausdrücklich ausschlossen.

Helmut Bündner: Rekordbußgelder gegen ein Stahlkartell. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.12.2019, S. 22

Fallbeispiel 2: Kartellamtsentscheidung aufgehoben. Gabriel erlaubt Edeka-Tengelmann-Fusion

Sigmar Gabriel (SPD) war von Dezember 2013 bis Januar 2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie Das Kartellamt hatte die Übernahme der rund 450 Tengelmann-Supermärkte durch Branchenprimus Edeka vor etwa einem Jahr untersagt, da es Beeinträchtigungen für den Wettbewerb auf dem hart umkämpften Einzelhandelsmarkt befürchtet. Gabriel hatte jedoch bereits im Januar angekündigt, die Erlaubnis unter Auflagen erteilen zu wollen.

Und diese Bedingungen seien streng, so Gabriel: So muss Edeka die Übernahme fast aller 16.000 Beschäftigten bei Kaiser's Tengelmann für mindestens sieben Jahre garantieren, die Märkte fünf Jahre in Eigenregie weiterführen und das Fleischwerk Birkenhof drei Jahre betreiben.

Tagesschau: Gabriel erlaubt Edeka-Tengelmann-Fusion. In: tagesschau.de vom 17.3.2016 (www.tagesschau.de/wirtschaft/edeka-tengelmann-107.html – Zugriff vom 20.10.2020)

AUFGABE

Beschreiben Sie die Aufgaben des Bundeskartellamtes (Überwachung des Kartellverbots, Fusionskontrolle, Missbrauchsaufsicht) und ordnen Sie die drei Fallbeispiele begründet diesen Aufgaben zu.

Fallbeispiel 3: Kartellamt bedrängt deutsche Wasserwerke

Mit einem Schlag gegen den größten deutschen Wasserversorger will das Bundeskartellamt Preissenkungen auf dem von Monopolisten beherrschten Markt durchsetzen. Die Wettbewerbshüter mahnten die Berliner Wasserbetriebe (BWB) ab. Sie wollen das Unternehmen zu einer deutlichen Preissenkung verdonnern. (...) Zwischen den Tausenden Wasserversorgern in Deutschland gebe es erhebliche Preisdifferenzen. Verbraucherschützer haben Unterschiede von 300 Prozent ausgemacht. Die Kunden sind beim Trink- und Abwasser dem örtlichen Anbieter ausgeliefert.

Reuters, Süddeutsche Zeitung: Kartellamt will die Wasserpreise senken. In: Süddeutsche Zeitung vom 6.12.2011, S. 21

Wettbewerbsbeschränkungen

- 1 Der Wettbewerb zwischen Anbietern ist oftmals in Gefahr. Ohne lenkende Gesetze kann es passieren, dass sich der Markt irgendwann von selbst auflöst: Die Unternehmen würden versuchen, sich den unbedeutenen Zwängen des Wettbewerbs zu entziehen und ihre Mitkonkurrenten auszuschalten bzw. sich mit diesen zu verbünden. (...)
- 5 In Deutschland kontrolliert das Bundeskartellamt die Einhaltung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Nach dem Gesetz sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezeichnen oder bewirken, verboten. Damit sind Kartelle grundsätzlich verboten.
- 10 Bei einem Kartell schließen Unternehmen eines Wirtschaftszweiges (z.B. Hersteller für Beton und Zement für die Bauwirtschaft) einen (oft nur mündlichen) Vertrag. Durch den Vertrag sind die Partner weiterhin rechtlich eigenständig. Inhalt des Kartellvertrages können
- 15 z.B. Vereinbarungen über Preise, Gütermengen oder (Liefer-) Konditionen sein. (...)
- 20 Zudem wird mit dem GWB verhindert, dass sich Unternehmen mit anderen Konkurrenten zu einem marktbeherrschenden Anbieter zusammenschließen. Bei einer solchen Fusion schließen sich zwei oder mehrere Unternehmen zusammen und verzichten dabei auf ihre rechtliche und wirtschaftliche Eigenständigkeit. Weiterhin wird unterbunden, dass Unternehmen ihre marktbeherrschende Stellung missbrauchen, indem sie z.B. neuen
- 25 Unternehmen, auch gegen entsprechende Bezahlung, nicht erlauben, bestehende Strukturen mitzubenutzen.
- 30

Matthias Pilz: Wirtschaft und Wirtschaften. In: WOCHENSCHAU-Sonderausgabe „Ökonomische Grundbegriffe“. Schwalbach/Ts. 2016, S. 14f.



Funktionen des Wettbewerbs

- 1 In einer Marktwirtschaft werden die Aktivitäten von Produzenten und Konsumenten nicht zentral, sondern individuell von den Wirtschaftsteilnehmern geplant. Die Koordinierung dieser Pläne leistet der Wettbewerb.
- 5 **Wettbewerb, Preise und Marktergebnisse:** Wettbewerb ermöglicht, dass sich durch das Wechselspiel zwischen Anbietern und Nachfragern Preise bilden, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen steuern. Die Preise zeigen den Anbietern, wo sie ihre Produktionsfaktoren am effizientesten einsetzen können, den Nachfragern, wo sie ihren Bedarf am günstigsten decken können. Die Konkurrenz um die Gunst der Nachfrager schafft darüber hinaus Anreize, die Preise zu senken bzw. die Qualität des Angebots zu verbessern. Wie von 15 einer „unsichtbaren Hand“ (Adam Smith) soll das am Eigeninteresse orientierte Handeln in gesellschaftlich erwünschte Bahnen gelenkt werden, der Wettbewerb also gesellschaftspolitische und ökonomische Funktionen erfüllen.
- 20 **Die einzelnen Funktionen:** Wettbewerb eröffnet den Marktteilnehmern Handlungs- und Wahlfreiheiten. Aufgrund der Konkurrenz unter den Anbietern haben die Verbraucher die Wahl zwischen verschiedenen Angeboten.

ten, die Arbeitnehmer die Chance, ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Funktionierender Wettbewerb mit einer Vielzahl von Konkurrenten beugt zugleich unerwünschten gesellschaftlichen und politischen Machtstellungen vor (Kontrollfunktion). Freier Leistungswettbewerb soll eine optimale Marktversorgung sicherstellen. Dies geschieht dadurch, dass Unternehmen ein Angebot bereitstellen, das den Wünschen der Konsumenten entspricht (Steuerungsfunktion). Sie wenden dazu die Produktionsverfahren an, die zur bestmöglichen Ausnutzung der Produktionsfaktoren führen (Allokationsfunktion). Sie fördern und realisieren technische Fortschritte und schaffen damit die Basis für kosten-günstigere Produktionsmethoden sowie für neue oder verbesserte Produkte (Innovationsfunktion). Schließlich werden sie dazu angehalten, ihre Produktion dem 35 ständigen Wandel der Umfeldbedingungen zügig anzupassen (Anpassungsfunktion). Auf den Faktormärkten (z.B. Arbeitsmarkt) soll Wettbewerb eine leistungsgerechte Einkommensverteilung gewährleisten (Verteilungsfunktion).

Michael Bauer, Herbert S. Buscher: Duden-Ratgeber. Wie Wirtschaft funktioniert. Der anschauliche Navigator durch Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspraxis. Mannheim/Zürich 2013. 2., aktualisierte Auflage, S. 98f.

Marktformen

	viele kleine Nachfrager	wenige mittlere ...	ein großer ...
viele kleine Anbieter	vollständige Konkurrenz (Polypol)	Nachfrageoligopol	Nachfragemonopol (Monopson)
wenige mittlere ...	Angebotsoligopol (Oligopol)	zweiseitiges (bilaterales) Oligopol	beschränktes Nachfragemonopol
ein großer ...	Angebotsmonopol (Monopol)	beschränktes Angebotsmonopol	zweiseitiges (bilaterales) Monopol

Quelle: <https://m.bpb.de/nachschatzen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20075/marktformen> – Zugriff vom 21.10.2020



Hier gelangen Sie zu einem Video, in dem die wichtigsten Marktformen erklärt werden:
www.youtube.com/watch?v=TwkMH7cE2FE – Zugriff vom 4.2.2021



ZUSATZ: Hier gelangen Sie zu zwei Texten, die das Fallbeispiel 2 (Edeka-Tengelmann) sowie die Möglichkeit der Ministererlaubnis vertieft betrachten:

<https://t1p.de/2221-s23-fallbeispiel>

AUFGABEN

- Erläutern Sie die Bedeutung des Wettbewerbs für Verbraucher*innen sowie Unternehmen. Beziehen Sie dabei die Funktionen des Wettbewerbs sowie die Marktformen ein.
- ZUSATZ Erörtern Sie, inwiefern die Ministererlaubnis im Fallbeispiel „Edeka-Tengelmann“ angemessen war.

EU-Wettbewerbsordnung in der Globalisierung: Sind neue Regeln notwendig?

Wie soll Europa mit der Übermacht globaler Großkonzerne umgehen?

1 Plötzlich ist er da, der Zug. „Ähnlichkeiten mit soeben entschiedenen Fällen sind rein zufällig“, sagt Peter Altmaier, die Zuhörer lachen. Denn die Ähnlichkeiten gibt es natürlich, und die sind alles andere als zufällig. Der Bundeswirtschaftsminister hat die Namen von Siemens und Alstom noch gar nicht in den Mund genommen, aber die geplatzte Fusion der Bahnsparten beider Unternehmen steht wie ein weißer Elefant im Konferenzraum. Jeder weiß Bescheid, keiner spricht es aus. Erst wenige Wochen 10 ist es her, dass die EU-Kommission die Fusion vereitelte, mit der Siemens und Alstom im Zuggeschäft weltweit zu einer großen Nummer werden – und damit vor allem dem deutlich größeren chinesischen Konkurrenten CRRC Paroli bieten wollten. Altmaier und sein französischer 15 Amtskollege Bruno Le Maire hatten sich mit Verve dafür ausgesprochen, EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager war dagegen: Der Wettbewerb in Europa würde leiden, die Fusion wurde deshalb untersagt. Inzwischen wird diskutiert, ob es ein neues Wettbewerbsrecht 20 braucht, um europäische Champions zu ermöglichen.

(Im März 2019 lud) das Bundeskartellamt in Berlin zur Internationalen Kartellkonferenz, und die Kontrahenten von einst, Vestager und Altmaier, sind auch da. Es werden eine Reihe großer Fragen diskutiert, etwa: Wie umgehen mit 25 der Plattform-Ökonomie, mit der Macht großer Internetportale? (...) Und natürlich geht es auch um Siemens-Alstom und die Folgen: Darf Europa Abstriche am Wettbewerb hinnehmen, wenn dafür europäische Champions geschaffen werden? Schnell wird klar, wo die Frontlinie 30 verläuft. Altmaier denkt an Industrie und Arbeitsplätze, Vestager an die Verbraucher. „Wie wäre es, wenn wir in 30 Jahren feststellen, dass große Industrien den Wettbewerb nicht überstanden haben?“, fragt Altmaier. Schon jetzt zeige sich, dass etwa die Elektromobilität zwar in 35 Europa Fuß fasse, aber nicht mit Produkten aus Europa. China erobere den Markt für Elektrobusse, und die Autos baut unter anderem ein gewisser Elon Musk in den USA. Möglicherweise findet künftig also die Wertschöpfung nicht mehr in Deutschland statt. Bei den Zügen erobert 40 der chinesische Konzern CRRC gerade den afrikanischen Markt, danach vielleicht den südamerikanischen. „Und irgendwann werden sie auch in Europa an die Tür klopfen.“ Es ist ein düsteres Bild, das der CDU-Mann Altmaier malt – ganz anders als Vestager.

45 Mit Unternehmen sei es nicht anders als in der Natur, sagt sie. „Ein Ökosystem ist am stärksten, wenn es viel-

fältig ist.“ Letztlich stärke der Wettbewerb die Firmen, er steigere Qualität und Effizienz. Schon vor der Konferenz hatte sie klar gemacht, dass die Verbraucher im 50 Mittelpunkt stehen müssen. (...) Aber die Sache ist komplizierter geworden, seit chinesische Firmen auf den Markt getreten sind. „Europäische Firmen treffen draußen in der Welt auf Firmen, die aus einer Staatswirtschaft kommen“, sagt Kartellamtspräsident Andreas Mundt: „Die einen sind auf sich selbst gestellt, die anderen haben staatliche Unterstützung.“ Man müsse eine Gesamtstrategie entwickeln, und damit müssten sich auch die Kartellbehörden befassen. Das sieht Vestager ähnlich. „Wir erwarten fairen Wettbewerb von Unternehmen in Europa“, sagt die Kommissarin. „Aber wir müssen uns für sie einsetzen, weil viele von ihnen unfairen globalen Wettbewerb erleben.“

Michael Bauchmüller, Caspar Busse: Elefanten made in China. In: Süddeutsche Zeitung vom 15.3.2019, S. 21

Europäisches Wettbewerbsrecht

Die deutsche Wettbewerbsordnung wird nicht allein durch deutsches Recht, sondern auch durch Regelungen auf EU-Ebene bestimmt. Das europäische Kartellrecht ist für das Funktionieren des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes unerlässlich. (...)

Der europäische Wettbewerbsrahmen wird insbesondere durch die Artikel 101 und 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bestimmt. Dabei umfasst Artikel 101 AEUV das Kartellverbot (...). Artikel 102 AEUV verbietet die missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung (...). Die dritte Säule der europäischen Wettbewerbspolitik besteht in der Zusammenschlusskontrolle (...). Rechtsgrundlage hierfür ist die Fusionskontrollverordnung.

Deutsche Kartellrechtsvorschriften dürfen dem Zweck des Unionskartellrechts nicht zuwiderlaufen, weswegen sich das (*Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen*) maßgeblich am Kartellrecht der Europäischen Union orientiert. Ein Gleichlauf der Vorschriften ist mit Blick auf den gemeinsamen Markt in der Europäischen Union und den alltäglichen grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr von immenser Bedeutung. Steht eine Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten im Raum (...), werden die Vorschriften des europäischen Kartellrechts entweder allein oder zusammen mit dem nationalen Kartellrecht angewendet.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Funktionierenden Wettbewerb schützen. In: bmwi.de (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/wettbewerbspolitik.html – Zugriff vom 2.10.2020)



EU gibt Fusion von Alstom und Bombardier unter Auflagen frei

- 1 Seit Monaten schon wurde verhandelt und um Details gerungen. (*Nun*) hat die EU-Kommission dem französischen Bahntechnik-Konzern Alstom erlaubt, den Konkurrenten Bombardier zu übernehmen. Alstom wird zusammen mit Bombardier zur weltweiten Nummer Zwei der Bahntechnik-Industrie, davor liegt nur noch der chinesische Konkurrent CRRC. Zusammen überholen Alstom und Bombardier also Siemens. Die Münchner 10 waren zuvor mit der Übernahme von Alstom an den Bedenken der EU-Kommission gescheitert. Brüssel hat diesmal allerdings harte Bedingungen gestellt. So muss Bombardier Produktionsanlagen am Standort Hennigsdorf bei Berlin verkaufen, es 15 ist einer der größten Standorte des Unternehmens und stammt noch aus der Übernahme des ehemaligen DDR-Waggonbaus. Zudem will Bombardier seinen Projektanteil an der Kooperation für den Hochgeschwindigkeitszug V300Zefiro abgeben. 20 Wie viele Jobs davon in Deutschland betroffen sind, ist offen. Insgesamt beschäftigen Alstom und Bombardier zusammen hierzulande rund 9000 Menschen. Die Franzosen unterhalten ihr größtes deutsches Werk in Salzgitter.
- 25 Alstom ist vor allem durch den Bau des Hochgeschwindigkeitszuges TGV bekannt, das Unternehmen ist hier im Wettbewerb mit dem deutschen ICE, der von Siemens mit Zulieferungen von Bombardier produziert wird. Der neue Alstom-Bombardier-Konzern ist also eine 30 starke Konkurrenz für die Münchner. Insidern zufolge baut Siemens aber darauf, dass das neue Unternehmen nun erstmal intern mit der Fusion beschäftigt sein wird. Außerdem sei man ertragsstärker. Die Franzosen stellen wie Siemens auch Schienenfahrzeuge für den Nah- und 35 Regionalverkehr sowie Signaltechnik und andere Bahn-technik her. Das Bundeswirtschaftsministerium reagierte kühl auf die Entscheidung, man nehme das zur Kenntnis. Frankreich hatte auf eine Genehmigung gedrängt.

Caspar Busse: Konkurrenz überholt Siemens. In: Süddeutsche Zeitung vom 1.8.2020, S. 21

Umsatzstärkste Hersteller von Schienenfahrzeugen

Stand: 2020



China Railway Rolling Stock Corporation (CRRC) 27 Mrd. €



Siemens Mobility 9,05 Mrd. €



Alstom 8,2 Mrd. €



Bombardier Transportation 7,4 Mrd. €

© Zug: Adobe Stock / egudinka; Grafik: Wochenschau Verlag; Daten: Medienberichte



Karikatur: Heiko Sakurai (Februar 2019)

AUFGABEN

- Skizzieren Sie den Zusammenhang zwischen deutschem und europäischem Wettbewerbsrecht.
- Erläutern Sie das Spannungsfeld aus Wettbewerbssicherung innerhalb der EU und den globalen Interessen der EU sowie der europäischen Unternehmen.
- Erklären Sie die EU-Auflagen für die Fusion von Alstom und Bombardier.
- Diskutieren Sie: Müssen globalen Großunternehmen, die staatlich gefördert werden, europäische Champions entgegengesetzt werden? Beziehen Sie dabei auch die Karikatur ein.

Wie kann der Staat die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft kaum gleichmäßig in eine Richtung: Im Zeitverlauf kann es zu großen Schwankungen kommen. Ein Rückgang des Wirtschaftswachstums kann etwa durch einen „Börsen-crash“, eine „Bankenkrise“ oder eine globale Pandemie ausgelöst werden. Wie der Staat hierauf stabilisierend und stimulierend Einfluss nehmen kann und inwieweit er dies tun sollte, diskutieren Sie in diesem Kapitel.

Wie erklärt sich das Auf und Ab der Wirtschaft?

KONJUNKTURBOOM: „Made in Germany“ weltweit gefragt

faz.net vom 11.1.2018

KONJUNKTUR – Deutscher Wirtschaftsboom kommt zum Ende

dw.com vom 15.1.2019

Trotz Konjunkturschwäche – Regierung erwartet feste Einkommen

zdf.de vom 17.10.2019

Corona-Krise: Koalition einigt sich auf Konjunkturpaket

zeit.de vom 3.6.2020

Konjunktur und Konjunkturzyklus

- 1 Als **Konjunktur** bezeichnet man die Gesamtsituation einer Volkswirtschaft, die sich aus der gleichzeitigen Beobachtung verschiedener volkswirtschaftlicher Größen ergibt. Betrachtet man Darstellungen dieser wirtschaftlichen Indikatoren über einen längeren Zeitraum, fällt auf, dass sie sich nicht linear, sondern wellenartig „zyklisch“ verändern. Solche Konjunkturschwankungen geben Aufschluss über den jeweiligen Gesundheitszustand einer Volkswirtschaft. Aus der langjährigen Beobachtung der
- 10 Konjunkturzyklen lässt sich ein idealtypischer Ablauf in vier Phasen beschreiben. In der Regel werden Zyklen mit einer Länge von 4-10 Jahren beobachtet.

In der **Aufschwungsphase (Expansion)** investieren die Unternehmer*innen, um in Erwartung günstiger Absatz- und Gewinnaussichten ihre Produkte auf den Markt zu bringen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird ausgeweitet und bei zunehmender Kapazitätsauslastung steigen die Gewinne. Vollere Auftragsbücher der Unternehmen erfordern zusätzliche Arbeitskräfte und privater wirtschaftliche Investitionen. Dabei steigen auch die Durchschnittslöhne, die wiederum den privaten Konsum steigen lassen.

In der **Hochkonjunktur (Boom)** treiben sich Löhne, Preise und Zinsen gegenseitig in die Höhe. Hohe Lohnforderungen werden mit den zurückliegenden Preissteigerungen und gestiegenen Unternehmensgewinnen begründet. Die Beschäftigung ist auf einem Höchststand. Die Unternehmen suchen weiterhin Arbeitskräfte und die Kapazitäten der Unternehmen sind voll ausgelastet. In der

30 Hochphase des Booms kommt langsam Skepsis bei den Unternehmer*innen auf, ob das hohe Wirtschaftsniveau

zukünftig gehalten werden kann. Hinzukommen u. a. eine Inflationsgefahr sowie gesättigte (Teil-)Märkte. Ist der Scheitelpunkt überschritten, beginnen Investitions-

35 und Konsumgüternachfrage zu stagnieren.

Von der folgenden **Abschwungsphase (Rezession)** werden zunächst die Unternehmen erfasst, die an der Grenze der Rentabilität produzieren. Dem Beschäftigungsrückgang folgen Rückgänge im Einkommen und

40 der Konsumgüternachfrage. Eine rückläufige Kapazitätsauslastung zwingt die Unternehmen zur Kostensenkung. Weiterer Arbeitsplatzabbau ist die Folge. Schrumpfende Gewinne, Absatzprobleme, sinkende Löhne, stagnierende Preise sowie eine höhere Sparneigung sind somit Kenn-

45 zeichnen für die Rezession.

Auf dem Weg in die **Talsohle (Depression)** wird allmählich die gesamte Volkswirtschaft ergriffen. Erst wird verstärkt kurzgearbeitet, dann folgen vermehrt Entlassungen, Betriebsstilllegungen und Konurse. Die Löhne und

50 Preise geraten bei nachlassender Nachfrage, rückläufigem Kapazitätsauslastungsgrad und hohen Lagervorräten unter Druck. Die um sich greifende pessimistische Gesamtstimmung schreckt die Unternehmer*innen von Investitionen ab und erhöht die Sparneigung der Haushalte. Je

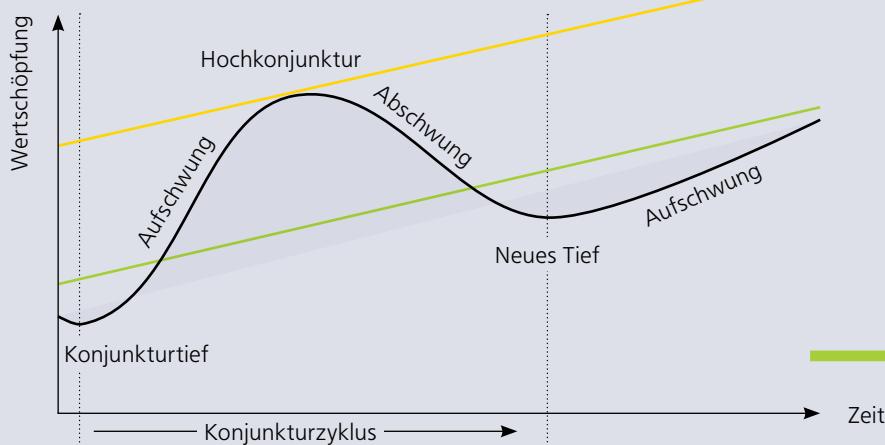
55 stärker das psychologische Stimmungstief ist, desto langwieriger gestaltet sich das Durchschreiten der Talsohle. Schließlich setzt sich ein vorsichtiger Optimismus durch, indem beispielsweise durch Wirtschaftsförderprogramme Investitions- und Konsumanreize gegeben werden, Haus-

60 halte aufgrund der niedrigen Preise wieder stärker konsumieren, die Produktion durch die wieder steigende Nachfrage erhöht wird und so Arbeitsplätze entstehen.

Autorentext



Modell eines idealtypischen Konjunkturzyklus



Produktionspotenzial

die Produktionsleistung, die in einer Volkswirtschaft in einer Periode erbracht werden kann. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial hängt ab von: 1) Menge und Qualität der verfügbaren Produktionsfaktoren, 2) den bei der Erzeugung der Produkte nutzbaren technischen Kombinationsmöglichkeiten der Produktionsfaktoren und 3) der Wirtschaftsstruktur.

Achim Pollert u. a.: Duden – Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Mannheim 2016, S. 116

langfristiger Wachstumstrend

Drei Beispiele: Wirtschaftliche Entscheidungen in Zeiten konjunktureller Veränderungen

Haushalte: Frau Einhaus ist als Grafikdesignerin bei einer Marketingagentur angestellt, ihre Partnerin arbeitet als Verkäuferin in einem Sportgeschäft. Sie haben vor einiger Zeit eine Eigentumswohnung gekauft und müssen dafür noch einen Kredit von 58.000 Euro abbezahlen. Gerne würden sie in diesem Jahr einen Familienurlaub unternehmen, ihr ältester Sohn wünscht sich für den Weg zu seinem Ausbildungsplatz ein eigenes Auto. Die Familie ist jedoch unsicher, ob und wenn ja wofür sie das Geld ausgeben möchte, oder ob es nicht besser gespart werden sollte. Ihre Gespräche drehen sich bei der Entscheidung auch um die Sicherheit ihrer Jobs und die Entwicklung ihrer Löhne.

Unternehmen: Herr Flashoglu und Frau Strauß besitzen eine Manufaktur für nachhaltige Sneaker. Sie haben derzeit 28 Angestellte. Sie überlegen seit einiger Zeit ein Nachbargrundstück zu kaufen, um ihre Produktion auszuweiten und steigern zu können. Allerdings sind sie unsicher, ob sich die Investition bezahlt machen wird. Ihre Gespräche drehen sich bei der Entscheidung auch um die Auslastung ihrer Produktionskapazität, die Preise der Waren sowie ihre Gewinne.

Politik: Frau Geyer und Herr Bürger sind Mitglieder einer Arbeitsgruppe, die die Bundesregierung bezüglich der kurzfristigen Ausgaben bzw. Investitionen des Staates berät. In der kommenden Sitzung geht es um die Frage, ob der Staat seine Ausgaben aufgrund der konjunkturellen Lage erhöhen, reduzieren oder beibehalten soll. Vorbereitende Gespräche drehen sich auch um die Frage, wie die Entwicklung der Staatseinnahmen in den kommenden Monaten sein wird.



Hier gelangen Sie zu einem Video zu den langfristigen Kondratieff-Zyklen (Minute 7:45–9:30):

<https://t1p.de/srf-kondratieff-zyklen> – Zugriff vom 5.1.2021

AUFGABEN

- Notieren Sie spontan Ihre ersten Gedanken zu den Schlagzeilen und stellen Sie diese in einem „Blitzlicht“ im Kurs vor.
- Skizzieren Sie in eigenen Worten und auf Basis des Autorentextes die Grafik zum Konjunkturverlauf.
- Ermitteln Sie mögliche Folgen der unterschiedlichen Konjunkturphasen für Ihr persönliches Leben.
- Erläutern Sie den Unterschied zwischen einem Konjunkturzyklus und den Kondratieff-Zyklen.
- Leiten Sie aus den drei Beispielen die Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf die Handlungsweise von Haushalten, Unternehmen bzw. dem Staat ab. Gehen Sie dabei von einer beginnenden Rezession bzw. einem Aufschwung aus.

„Wir können nicht in die Zukunft sehen“ – Wie sinnvoll sind Konjunkturprognosen?



Karikatur: Harm Bengen/toonpool.com; redaktionell bearbeitet

Mit Mathematik und Bauchgefühl

1 Einmal im Monat (...) veröffentlicht das Ifo-Institut seinen Geschäftsklimaindex. Das ist eine Kennziffer, die verraten soll, wie Unternehmen in Deutschland ihre aktuelle Lage und die Aussichten in den kommenden Monaten beurteilen. Solche Konjunkturdaten sind nicht nur für die Börse wichtig. Auch Politiker, die über Lockdowns und Rettungspakete entscheiden, wollen wissen, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Genauso wie Unternehmer, die Investitionen planen. Oder Angestellte, die sich fragen, ob das jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um den Job zu wechseln oder sich ein neues Auto zu kaufen.

In Zeiten der Pandemie und drastischer staatlicher Maßnahmen ist es so wichtig wie nie, die wirtschaftliche Entwicklung abzuschätzen. Und zugleich ist das so schwierig wie selten zuvor. Was können Konjunkturforscher (...) gerade jetzt wirklich leisten? (...)

Ihre Zahlen sind wertvoll, weil sich gar nicht so einfach feststellen lässt, wie eine Volkswirtschaft gerade läuft. Etliche wichtige Daten – wie viel produziert wird, wie viele Erwerbstätige in Kurzarbeit sind, wie viele Waren importiert werden – liegen erst Monate später vor. Es ist, als ob man in einem fahrenden Auto säße, das keinen Tacho hat und dessen Scheiben zugeklebt sind. Woran soll man da erkennen, wie schnell das Auto unterwegs ist? An den Fahrgeräuschen, an der Motortemperatur oder an dem Luftzug, der durch einen Fensterspalt hereinkommt? So ähnlich arbeiten Konjunkturforscher: Sie suchen Hinweise dafür, was draußen in der Wirtschaft vor sich geht.

Einer der wichtigsten dieser Hinweise ist der Geschäftsklimaindex, für den Klaus Wohlrabe zuständig ist. (...) Seit 2012 leitet er am Ifo die Befragungen rund um den Geschäftsklimaindex: Monatlich geben 9000 Unternehmen Auskunft zu ihrer Geschäftslage, zu ihren Erwartungen und zu aktuellen Themen wie Kurzarbeit. (...)

Konjunkturprognose

Bedingte Vorhersage über den Verlauf der künftigen konjunkturellen Entwicklung. Konjunkturprognose basiert auf der Konjunkturdiagnose und stützt sich auf die Erfahrung, dass im wirtschaftlichen Prozess Regelmäßigkeiten vorhanden sind, deren Auftreten auch in der Zukunft mit einer gewissen Verlässlichkeit erwartet werden kann. Sie ist sowohl theoretisch als auch empirisch fundiert und beruht auf bestimmten Annahmen (z. B. über den zukünftigen Kurs der inländischen Wirtschaftspolitik, die weitere Entwicklung der Wechselkurse, der Konjunktur im Ausland etc.).

Gustav A. Horn: Konjunkturprognose. In: *wirtschaftslexikon.gabler.de* (<https://t1p.de/gabler-konjunkturprognose> – Zugriff vom 4.2.2021)

35 seinen Tabellen kann Wohlrabe dann später sehen, wie etwa die Bauindustrie oder der Schuhhandel die eigene Lage beurteilt.

Der Geschäftsklimaindex ist eine Momentaufnahme der Wirtschaft. Aber viermal im Jahr blickt das Ifo auch in die 40 Zukunft und prognostiziert, wie sich Bruttoinlandsprodukt (BIP), Arbeitslosenzahl und andere volkswirtschaftliche Größen in den nächsten zwei Jahren entwickeln werden. Auch andere Institute erstellen Voraussagen. „In diesem Frühjahr lagen die Einschätzungen aber so 45 weit auseinander wie nie zuvor“, sagt Konjunkturchef Wollmershäuser. „Das zeigt: Wir hatten im Grunde genommen keine Ahnung.“

Wenige Experten räumen das so offen ein. (...) „Wir können nicht in die Zukunft sehen“, sagt der 48-Jährige. „Niemand weiß, was der amerikanische Präsident als Nächstes macht oder wie die Verhandlungen der EU mit den Briten aussehen.“ Eine Prognose sei eben keine Prophezeiung.

„Wir beschreiben aber das Szenario, das wir für das wahrscheinlichste halten, und geben dafür an, wie sich die 50 Wirtschaft unserer Einschätzung nach entwickelt.“ (Im Frühjahr 2020) wusste beispielsweise niemand, wie schnell sich das Coronavirus in Deutschland verbreiten würde und wie lange ein möglicher Lockdown nötig sein könnte. Das machte eine Prognose besonders schwierig.

60 Hinzu kommt, dass es keine Erfahrungen mit einem Shutdown der Wirtschaft gibt. Die Konjunkturforscher am Ifo brauchen aber Erfahrungen. Sie füttern damit ihre mathematischen Modelle – das sind praktisch Maschinen, die Prognosen ausspucken. Und sie nutzen Erfahrungen für ihr eigenes „judgement“, wie es Wollmershäuser nennt. Das ist salopp gesagt das Bauchgefühl, mit dem die Forscher schematisch ermittelte Prognosen korrigieren. (...) Und es gibt Spezialisten für bestimmte Teile des deut-



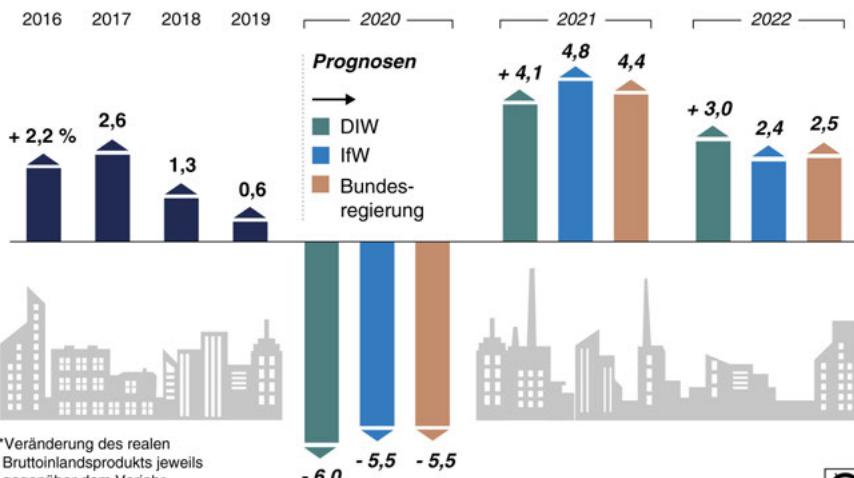
schen Bruttoinlandprodukts wie Robert Lehmann. Der 34-Jährige ist für die Entstehungsseite des BIP zuständig und auf der Verwendungsseite für die privaten Konsumausgaben. Man kann das BIP, also die Wirtschaftsleistung, nämlich über drei verschiedene Wege ermitteln – Entstehung, Verwendung und Verteilung. (...) Er ist wie fast alle seine Kollegen ein Mathe-Ass und freut sich, wenn sich mal jemand für die vielen komplizierten Modelle interessiert, mit denen er arbeitet. Wenn er in seinem Freundes- und Familienkreis davon erzähle, verstehe das niemand, sagt er. „Oder wie meine Mutter immer sagt: Die gucken dann wie die Sau ins Uhrwerk.“ (...)

Wenn das Team eine Prognose erarbeitet, beginnt alles mit einer Konferenz, auf der Wollmershäuser zuerst die großen Linien der wirtschaftlichen Entwicklung beschreibt. Danach trägt Robert Lehmann seine Berechnungen und seine Einschätzung vor. Und schließlich präsentieren alle ihre Zahlen, vergleichen sie miteinander und diskutieren, was plausibel oder unstimmig erscheint. Dabei fließt das judgement ein, also die Expertenmeinung. Ausgerechnet der Modellbauer Reif sagt: „Es hat sich gezeigt, dass Prognosen, die allein auf Modellrechnungen beruhen, schlechter abschneiden als solche, die durch ein judgement ergänzt werden.“ Man müsse natürlich gute Argumente haben. Wenn sich zum Beispiel ein weiterer Lockdown abzeichnet, können die Forscher das in ihren Überlegungen berücksichtigen. Sie unterstellen dann für einzelne Branchen einen stärkeren Rückgang.

Das Ifo veröffentlicht regelmäßig eine Evaluation der eigenen Prognosen. Danach sind sie zumindest für bis zu fünf Quartale im Voraus recht treffsicher. Bei sechs oder sieben Quartalen liegen sie dagegen so häufig daneben, dass sie keinen großen Informationswert mehr haben.

Konjunktur in Deutschland

Wirtschaftswachstum* in Prozent



Quelle: Stat. Bundesamt, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Institut für Weltwirtschaft (IfW), Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

© Globus 14284

Das Ausnahmejahr 2020 könnte die Bilanz deutlich verschlechtern. (...)

Sind die Konjunkturforscher also zum Scheitern verurteilt? Es kommt darauf an, was man erwartet. Ihre Prognosen werden – trotz aller Technik – weiterhin das sein, was sie schon immer waren: eine hochentwickelte Form des educated guess (*wohlbegründete Vermutung*). Eine Einschätzung von klugen, exzellent ausgebildeten Menschen, die sich mit allen verfügbaren Hinweisen beschäftigen, um herauszufinden, wohin dieses Auto mit den zugeklebten Scheiben fährt.

Kolja Rudzio: Mit Mathematik und Bauchgefühl. In: DIE ZEIT Nr. 49/2020 vom 26.11.2020, S. 32



ZUSATZ Hier erfahren Sie mehr über unterschiedliche Theorien zum Konjunkturverlauf:

<https://t1p.de/2221-s29-konjunkturtheorien>

AUFGABEN

- Formulieren Sie in Einzelarbeit mithilfe der Überschrift dieser Seite, Ihrem Vorwissen zum Thema Konjunktur sowie der Infobox sinnvolle Aussagen für die Sprechblasen der Karikatur. Analysieren Sie die Karikatur hinsichtlich Gender. Zum Inhalt der Sprechblasen: <https://t1p.de/2221-s28-sprechblasen>
- Vergleichen Sie Ihre Ideen in Vierergruppen. Begründen Sie dabei, wie Sie auf „Ihre“ Ideen gekommen sind. Einigen Sie sich auf eine gemeinsame Idee. Diskutieren Sie anschließend die Ideen der Kleingruppen im Plenum.
- Recherchieren Sie das gemessene Wirtschaftswachstum des Vorjahres. Erörtern Sie auf Basis der Recherche, des Textes von Kolja Rudzio und der Grafik die Frage aus der Überschrift.

ZUSATZ Erstellen Sie ein Schaubild zu den verschiedenen Konjunkturtheorien und beschreiben Sie darin das zentrale Element des jeweiligen Erklärungsansatzes.

Konzeptionen der Wirtschaftspolitik: Angebots- und Nachfrageorientierung

Was verursacht Wirtschaftskrisen und mit welchen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten können sie vermieden oder zumindest ihre Folgen gelindert werden? Diese Fragen stellen sich Wirtschaftswissenschaften und Politik im Hinblick auf konjunkturelle Bewegungen. Im 20. Jahrhundert haben sich zwei theoretische Ansätze etabliert: eine keynesianische Theorie, die den krisenanfälligen Markt durch staatliche Interventionen stabilisieren will, sowie eine neoklassisch-wirtschaftsliberale Theorie, deren Vertreter*innen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes setzen. Weil die Theorien die Ursachen für Krisen auf der jeweils einen Seite von „Angebot und Nachfrage“ zu erkennen meinen, wird die auf ihnen basierende Wirtschaftspolitik auch kurz als nachfrage- bzw. angebotsorientiert bezeichnet.

Nachfragepolitik nach Keynes

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik: Der aktive Staat als Retter in der Krise?

- 1 Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise gelangte (der Ökonom John Maynard) Keynes zu der Überzeugung, dass fortwährende Unterbeschäftigung möglich sei, weil sich ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt
- 5 nicht automatisch einstelle. Eine wichtige Ursache für andauernde Unterbeschäftigung besteht Keynes zufolge darin, dass die Märkte unvollkommen sind und daher nicht im neoklassischen Sinne funktionieren können. Die Starrheit von Löhnen und anderen Preisen lähmmt die
- 10 Marktkräfte. Passen sich die Löhne nicht schnell genug an, entsteht Arbeitslosigkeit.

Als Lösung schlug Keynes vor, der Staat solle durch Ausgabenprogramme die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen, was wiederum mehr Beschäftigung bewirken

- 15 würde. Die staatlichen Mehrausgaben sollten vor allem durch Kredite finanziert werden (*deficit-spending*).
- 20 Keynes' Theorie beruht auf einer kurzfristigen Analyse des Wirtschaftsprozesses. Keynes forderte, die Nachfrage im Konjunkturabschwung zu stützen und in Boomzeiten zu drosseln. Dazu sollen die Geld- und die Fiskalpolitik° eingesetzt werden (antizyklische Finanzpolitik). Niedrige Zinsen erhöhen die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern. Eine zusätzliche Staatsnachfrage stößt Investitionen beispielsweise im Wohnungsbau an. Umgekehrt sollen im Boom höhere Zinsen und Steuern sowie ein verringelter Staatsverbrauch die Konjunktur dämpfen. Während im Rahmen der Angebotspolitik versucht wird, langfristig das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial zu erhöhen, ist nachfrageorientierte
- 25 Konjunkturpolitik auf die Glättung kurzfristiger Nachfrageschwankungen, d.h. auf die Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses gerichtet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand die Nachfragepolitik weite Verbreitung. In Deutschland wurde sie in den 1970er-Jahren von Wirtschaftsminister Karl Schiller (1911–1994)

unter der Bezeichnung Globalsteuerung praktiziert. Die Nachfragepolitik schlug sich in einem ständig steigenden Anteil des Staates an der gesamten Wirtschaftsleistung (Staatsquote) nieder. Als nach der Erdölkrise von 1973/74 hohe Arbeitslosigkeit und hohe Inflation (Stagflation) gleichzeitig aufraten, geriet der Keynesianismus in Erklärungsnot und wurde durch die Angebotspolitik abgelöst, v. a. unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU, 1981–1998). Seit den Regierungen Gerhard Schröder (SPD, 1998–2005) und Angela Merkel (CDU, seit 2005) findet die Nachfragepolitik wieder mehr Beachtung.

Herbert Buscher u. a.: Nachfragepolitik. In: Duden Ratgeber. Wie Wirtschaft funktioniert. Berlin 2013, S. 146

° Gesamtheit der Maßnahmen, die die Staatskasse betreffen.

Multiplikatoreffekt

In der Wirtschaftstheorie diejenige Größe, mit der die Auswirkung von zusätzlichen Ausgaben des Staates, der privaten Haushalte oder des Auslands sowie vermehrter Investitionsausgaben der Unternehmen auf das Volkseinkommen gemessen wird. Grundsätzlich lässt sich dabei eine Vervielfältigungswirkung (multiplikative Wirkung) feststellen. So entstehen z.B. infolge steigender Investitionen der Unternehmen auch neue Arbeitsplätze und damit neues Einkommen bei den privaten Haushalten, die dann einen Teil ihres zusätzlichen Einkommens wieder ausgeben, was wiederum weiteres Einkommen entstehen lässt.

Stichwort Multiplikatoreffekt. In: DUDEN Wirtschaft. Mannheim 2013, S. 113



Hier gelangen Sie zu einem Podcast zu J. M. Keynes (Vertiefung seines Staatsverständnisses in Minute 14:10–17:05):

www.br.de/mediathek/podcast/radiowissen/john-maynard-keynes-oekonom-der-krise/1760452
– Zugriff vom 5.1.2021



Kritik von Monetaristen und Angebotsökonomen

1 In Deutschland machte Karl Schiller das Konzept der keynesianischen Globalsteuerung populär, als er 1966 Bundeswirtschaftsminister wurde. Mit der Devise „Konjunktur ist nicht unser Schicksal, sondern unser Wille“ untermauerte er den Anspruch auf die Steuerbarkeit der Wirtschaft durch die Politik.

Nach ersten Erfolgen bei der Bekämpfung der Rezession 1967 mit zwei Konjunkturpaketen machte sich aber schnell Enttäuschung breit. Aufgrund von Zeitverzöge-
10 rungen bei der Konzeption und Implementierung der Konjunkturprogramme wirkten diese zunehmend prozyklisch. Dazu kam, dass die Regierungen die im Abschwung entstandenen Schulden nicht durch Überschüsse im Boom

tilgten. Die Staatsausgaben nahmen zu, die öffentlichen
15 Schulden schossen in die Höhe.

In den Achtzigerjahren zerflockte die wissenschaftliche Gegenbewegung von Monetaristen und Angebotsökono-
20 men viele der Keynes-Thesen. Milton Friedman, der die Gegenrevolution anführte, sah in permanenten Ein- griffen des Staates die eigentliche Ursache für die Schwankungen der Konjunktur und forderte weniger Staatsausgaben sowie eine verstetigte und auf Preis- stabilität ausgerichtete Geldpolitik. Kreditfinanzierte Konjunkturprogramme lehnten Angebotsökonomen
25 und Monetaristen als eine der Ursachen der steigenden Staatsverschuldung ab.

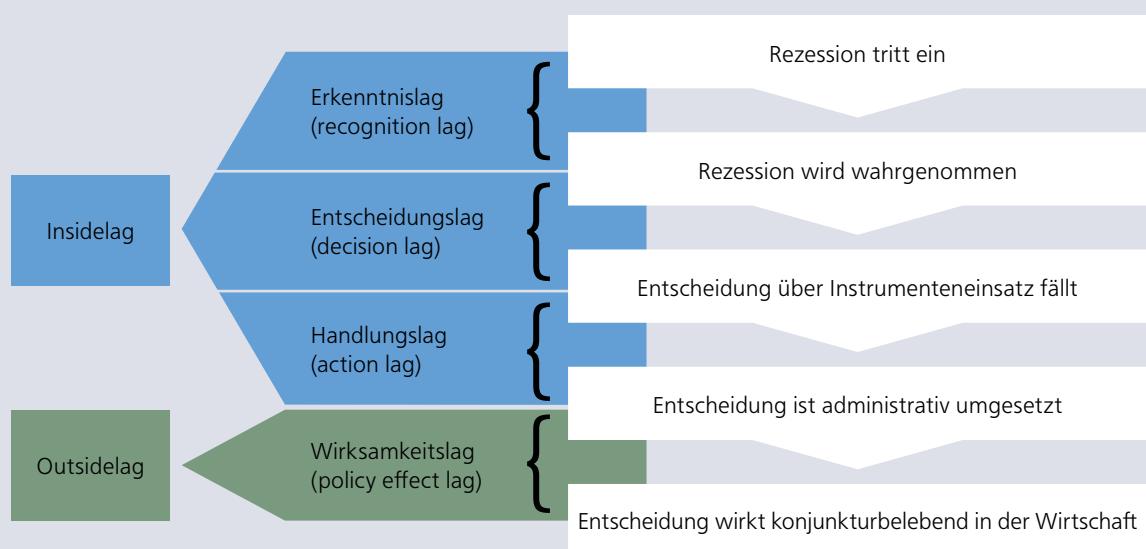
Malte Fischer: John Maynard Keynes. Versöhnner der Arbeitslosen. In: WirtschaftsWoche Online vom 13.11.2011 (<https://t1p.de/wivo-keynes> – Zugriff vom 4.2.2021)

Das Problem der Zeitverzögerung (Lag-Problematik)

Das „Insidelag“ beschreibt die Verzögerungen, für welche die Träger der Fiskalpolitik die Verantwortung tragen. Das „Outsidelag“ hingegen wird durch die Reaktionsgeschwindigkeit der privatwirtschaftlichen Akteure auf veränderte fiskalpolitische Daten bestimmt. Das erhebliche Ausmaß dieser Verzögerungen insgesamt kann dazu führen, dass eine eigentlich antizyklisch motivierte Politik schließlich prozyklisch wirkt und die Wirtschaft destabilisiert.

Herbert Buscher u. a.: Nachfragepolitik. In: Duden Ratgeber. Wie Wirtschaft funktioniert. Berlin 2013, S. 153

© Grafik: Wochenschau Verlag nach Buscher u. a. 2013, S. 153



AUFGABEN

- Arbeiten Sie tabellarisch die zentralen Merkmale der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik heraus. Nutzen Sie hierfür folgende Kategorien: Krisenursache, prägende Vertreter*innen, Rolle des Staates, Dauer der Maßnahmen, Instrumente bzw. Maßnahmen des Staates, Funktionsweise, Kritik.
- Erklären Sie das Zitat aus Sicht der Anhänger*innen der Nachfragepolitik: „Konjunktur ist nicht unser Schicksal, sondern unser Wille“ (Z. 3–4 im Text von M. Fischer)
- Visualisieren Sie die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik in einer Grafik.
- Formulieren Sie ausgehend von der aktuellen konjunkturellen Lage Hypothesen, welche konkreten Maßnahmen Keynes der Bundesregierung derzeit empfehlen würde.

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik nach Friedman

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik: Stabile Rahmenbedingungen als Lösung?

1 Theoretische Grundlagen

Die theoretischen Grundlagen für die Angebotspolitik bilden die Neoklassik, die Ende des 19. Jahrhunderts die Nationalökonomie um Elemente der Mikroökonomie erweiterte, und der Monetarismus. Milton Friedman (1912–2006), der Begründer des Monetarismus, verhalf der Neoklassik in den 1960er-Jahren zu einer Renaissance – seit der Weltwirtschaftskrise (1929–1933) hatte der Keynesianismus die Wirtschaftstheorie dominiert.

10 Die Angebotsökonomik geht prinzipiell davon aus, dass der private Sektor in sich stabil ist. Eine Ökonomie, die durch Störungen von außen aus dem Gleichgewicht gerät, findet langfristig von alleine wieder ins Gleichgewicht. Eingriffe des Staates können diesen Prozess nur verzögern, 15 im schlimmsten Fall aber selbst Störungen verursachen.

Einen Nachfragemangel, wie ihn Keynesianer als Ursache für Arbeitslosigkeit vermuten, gibt es aus angebotsorientierter Sicht nicht. Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage (saysches Theorem). Denn wenn Waren oder Dienstleistungen produziert werden, entstehen Einkommen, die nach Jean Baptiste Say (1767–1832) wieder eine kaufkräftige Nachfrage bilden. Keynesianer vermuten hingegen, dass aufgrund einer langfristig eintretenden Sättigung der Bedürfnisse die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu 20 schwach werde, um die Produktionskapazitäten auszulasten und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Angebotstheoretiker halten diesem Argument entgegen, dass die Marktwirtschaft ein permanenter Prozess der schöpferischen Zerstörung“ ist. Nach Joseph A. Schumpeter (1883–1950)

25 treten zwar durchaus in manchen Märkten Sättigungstendenzen auf, doch es entstehen laufend neue Märkte. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Pionierunternehmer“, der für Innovationen sorgt, d.h. neue Produkte und Wachstumsmärkte erschließt oder die Produktionsmethoden für schon vorhandene Waren und Dienstleistungen verbessert. Der dauernde Strukturwandel in einer Volkswirtschaft verhindere daher eine allgemeine Sättigung.

Ordnungspolitik und Staatsversagen

Die monetaristische Angebotspolitik sieht grundsätzlich keinen Anlass für den Staat, in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Der Monetarist ist skeptisch gegenüber diskretionären (*kontextabhängigen*) Staatseingriffen, denn diese würden nach seiner Überzeugung die Wirtschaft eher destabilisieren. Auch solle der Staat nicht versuchen, zyklisch auftretende konjunkturelle Schwankungen zu glätten.

40 Eine gemäßigte Angebotspolitik vertritt in Deutschland der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamt-

wirtschaftlichen Entwicklung. Er hält Staatseingriffe für erwünscht, wenn damit ein Marktversagen (z.B. mit der Umweltpolitik) korrigiert werden soll. Außerdem hat der Staat eine wichtige Rolle, weil er für die notwendige Infrastruktur sorgt (z.B. Straßenbau), Rahmenbedingungen für die Bildung setzt oder durch Sozialpolitik individuelle Härten mildert. Dass der Staat primär für die 45 Rahmenbedingungen einer Wirtschaft zuständig ist, indem er Maßnahmen der Ordnungspolitik durchführt, betonen auch moderate Angebotspolitiker. Er sollte aber nicht als Unternehmer auftreten, da er nicht effizienter arbeitet als der Markt (Staatsversagen). Wo kein 50 Marktversagen vorliegt, sollte er durch Deregulierung und Privatisierung den Markt zum Zug kommen lassen (z.B. Deregulierung in der Telekommunikation).

Herbert Buscher u.a.: Nachfragepolitik. In: Duden Ratgeber. Wie Wirtschaft funktioniert. Berlin 2013, S. 144

Ordnungspolitik bezeichnet im engeren Sinne alle staatlichen Maßnahmen, die auf Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, die Erhaltung, die Anpassung und Verbesserung der Wirtschaftsordnung gerichtet sind. Dazu gehören insbesondere
 a) die Eigentumsordnung,
 b) die rechtlichen Regelungen zur Gewährleistung wirtschaftlichen Wettbewerbs (Verbot von Kartellen, Absprachen etc., Kontrolle der Werbe- und Verkaufs-praktiken etc.) und
 c) die Regelung des Vertrags- und Haftungsrechts.

Klaus Schubert, Martina Klein: Ordnungspolitik. In: Das Politiklexikon. Bonn 2018, S. 225

AUFGABEN

- Arbeiten Sie tabellarisch die zentralen Merkmale der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik heraus. Nutzen Sie hierfür folgende Kategorien: Krisenursache, prägende Vertreter*innen, Rolle des Staates, Dauer der Maßnahmen, Instrumente bzw. Maßnahmen des Staates, Funktionsweise, Kritik.
- Erklären Sie, wie die traditionellen und neueren Elemente der Angebotsorientierung dazu führen sollen, dass die Wirtschaft langfristig stabil bleibt.
- Visualisieren Sie die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in einer Grafik.
- Formulieren Sie ausgehend von der aktuellen konjunkturellen Lage Hypothesen, welche konkreten Maßnahmen Angebots-theoretiker*innen der Bundesregierung derzeit empfehlen würden.



Kritik an der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik

1 Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik lässt sich tendenziell im liberalen und neoliberalen, politischen Sektor verorten. Sie will Unternehmen fördern und vertreibt den Ansatz, dass eine starke Wirtschaft automatisch zum Wohle aller dient. Wenn also die Konjunktur einbricht, ist es im Sinne der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik die Aufgabe des Staates, die Produktionsbedingungen für Unternehmen zu erleichtern.

Dazu kann der Staat:

- 10 • Steuern senken, etwa die Umsatz- und die Mehrwertsteuer;
- Auflagen beschränken, etwa niedrigschwelligere Umweltauflagen oder schwächere Arbeitnehmerrechte beschließen.
- 15 Durch diese Maßnahmen fallen für die Unternehmen beispielsweise Kosten für Filteranlagen weg. Allerdings gibt dieser Ansatz auch Raum für Kritik: (...) Durch Senkungen von Umweltauflagen und Abschwächung der Arbeitnehmerrechte werden diese Sektoren zu Gunsten
- 20 der Unternehmen vernachlässigt.

Außerdem ist oftmals nicht gewährleistet, dass durch die Erleichterungen für die Unternehmen auch tatsächlich in beispielsweise die Firma investiert wird. Stattdessen können die Erlöse auch (*an anderer Stelle landen*), sodass sie für die aktuelle Konjunktur keine Rolle mehr spielen.

25 Ein weiterer Kritikpunkt der unternehmensfreundlichen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ist, dass aufgrund sinkender Preise in den Geschäften nicht auch automatisch die Nachfrage steigt. Wenn ein Produkt nicht gut und oder nicht gefragt ist, sind die staatlichen Förderprogramme möglicherweise umsonst. Letzteres gilt auch für marode Unternehmen. Diese bräuchten oftmals eine Generalüberholung, um überhaupt wieder wirtschaftlich zu werden. Reine Finanzspritzeln sind hier auf lange Sicht nicht effektiv, wenn sie nicht an Auflagen gekoppelt sind.

30 35 *Maja-Lina Lauer: Angebots- und nachfrageorientierte Politik: Einfach erklärt. In: Focus Online vom 5.1.2021 (https://praxistipps.focus.de/angebots-und-nachfrageorientierte-wirtschaftspolitik-einfach-erklaert_127995 – Zugriff vom 25.2.2021)*

Traditionelle Elemente der Angebotspolitik

Wettbewerbspolitik	Geldpolitik	Fiskalpolitik	Lohnpolitik
<ul style="list-style-type: none"> • Verbot von Kartellen • Verhinderung von Marktmacht • Privatisierung • Deregulierung • Abbau von Subventionen 	<ul style="list-style-type: none"> • regelgebundene statt diskretionäre (kontext-abhängige) Maßnahmen • Unabhängigkeit der Zentralbank • flexible Wechselkurse 	<ul style="list-style-type: none"> • geringerer Staatsverbrauch • Reduktion der gesamten Steuerbelastung • durchsichtigeres Steuersystem • Abbau der Staatsverschuldung 	<ul style="list-style-type: none"> • am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnsteigerungen • regionale und sektorale Differenzierungen im Lohn • Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (z. B. reduzierter Kündigungsschutz) • Minderung der Lohnzusatzkosten

Neuere Elemente der Angebotspolitik

Sozialpolitik	Forschungspolitik	Bildungspolitik	Umweltpolitik
<ul style="list-style-type: none"> • insgesamt niedrigeres Niveau sozialer Unterstützung • Unterstützung anreizkompatibel gestalten, damit z. B. die Aufnahme einer Arbeit lohnend bleibt 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Grundlagenforschung • gezieltere Förderung von Wachstumstechnologien 	<ul style="list-style-type: none"> • kürzere Ausbildungszeiten • mehr marktwirtschaftliche Elemente (z. B. freie Wahl des Studienplatzes, Studiengebühren, Entlohnung der Professor*innen nach Leistung) 	<ul style="list-style-type: none"> • weniger ordnungsrechtliche Regulierungen • mehr marktwirtschaftliche Elemente (z. B. Handeln von Umweltzertifikaten) • wenn Ökosteuern, dann europaweit, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden

Quelle: www.bpb.de/nachsichten/lexika/lexikon-der-wirtschaft/18622/angebotspolitik – Zugriff vom 28.1.2020

Das Coronavirus als Angebots- und Nachfrageschock

- 1 Die wesentliche Schwierigkeit im wirtschaftspolitischen Umgang mit dem Coronavirus ergibt sich daraus, dass es in den betroffenen Volkswirtschaften sowohl einen Angebots- als auch einen Nachfrageschock auslöst. (...)
- 5 Das Coronavirus als Angebotsschock: Globale Wertschöpfungsketten: Bei weltweit hoch integrierten Wertschöpfungsketten übertragen sich Produktionsausfälle aufgrund fehlender Vorleistungen auch auf Unternehmen außerhalb der Epidemiezentren. Werden essenzielle
- 10 Vorprodukte aus China oder dem industrialisierten Norden Italiens nicht geliefert, können auch in Deutschland Produktionsprozesse zum Stillstand kommen. Problematisch ist hierbei insbesondere, dass viele Unternehmen heute auf eine Just-in-time-Produktion mit niedrigen
- 15 Lagerbeständen setzen. Außerdem sind die zugelieferten Komponenten oftmals extrem spezialisiert und auf die Spezifika des jeweils nächsten Schritts in der Wertschöpfungskette zugeschnitten. Sie werden häufig nur in einem oder wenigen Zulieferbetrieben hergestellt. (...)
- 20 Ausfall von Beschäftigten: Ein weiterer Angebotsschock ergibt sich, wenn Mitarbeiter ausfallen und für die Produktion nicht mehr zur Verfügung stehen. Dies kann direkt aufgrund eigener Erkrankung oder durch die Verhängung einer Quarantäne geschehen. Auch die Schließung von Schulen und vorschulischen Einrichtungen kann indirekt zum Ausfall von Arbeitskräften führen, da sie nun in der heimischen Kinderbetreuung gebunden sind. (...)
- 25 Das Coronavirus als Nachfrageschock: Globale Nachfrage nach deutschen Gütern: (...) (S)tark vom Coronavirus betroffene Volkswirtschaften werden auf absehbare Zeit ihre Nachfrage nach deutschen Vorprodukten, Investitions- und Konsumgütern sowie nach Tourismus-Dienstleistungen reduzieren. Das volle Ausmaß dieser
- 30 globalen Auswirkungen ist noch nicht absehbar. Es hängt insbesondere vom weiteren Verlauf der globalen Verbreitung des Virus ab. (...) Deutschland wäre aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur (Offenheitsquote und Industrieanteil) von diesen Entwicklungen besonders
- 35 betroffen. (...)
- 40 Heimische Nachfrageschocks I – Tourismus und „sozialer Konsum“: Negative Auswirkungen auf der Nachfrageseite ergeben sich auch direkt aufgrund binnengewirtschaftlicher Prozesse, indem der „soziale Konsum“
- 45 massiv eingeschränkt wird. Hierunter sind etwa Restaurantbesuche, Inlandstourismus, der Besuch von Kulturveranstaltungen, Messen usw. zu verstehen (...). Bei unterbrochenen Lieferketten kann in vielen Fällen damit gerechnet werden, dass die entsprechenden
- 50 Käufe und Verkäufe später (...) erfolgen. Wenn ein

Auto heute nicht produziert und verkauft werden kann, dann vielleicht in ein paar Monaten. Dies ist beim sozialen Konsum anders. Heute nicht stattfindende Restaurantbesuche oder Privatreisen werden nicht unbedingt später nachgeholt. (...)

- 55 Heimische Nachfrageschocks II – Verunsicherung und Vorsichtssparen: Neben dem „sozialen Konsum“ können weitere Nachfragesegmente negativ von der Corona-Krise betroffen sein. So mag die Aussicht auf eine längere
- 60 Quarantäne zwar bei bestimmten Gütern zu Vorrats- und Hamsterkaufen führen, verunsicherte Konsumenten könnten dafür aber vor größeren Anschaffungen oder dem Kauf langlebiger Konsumgüter bis hin zum Bau neuer Eigenheime zurückgeschrecken. Dies gilt besonders
- 65 für solche Konsumenten, die permanente Einkommensverluste durch die Corona-Krise befürchten. Dies wäre z. B. bei einem drohenden Arbeitsplatzverlust der Fall. (...). Bei Corona ist die Lage insofern komplexer (als bei der Weltfinanzkrise ab 2007), als ein simultaner Angebots- und Nachfrageschock vorliegt, und der Einbruch der
- 70 Nachfrage nach „sozialem Konsum“ aus medizinischen Gründen nicht durch staatliche Nachfragestützung ausgeglichen werden soll und wohl auch nicht kann. Dort, wo Angebotsausfälle auftreten, ist eine staatliche Nachfragestützung eher kontraproduktiv; hier geht es um staatliche Maßnahmen, die Störungen auf der Angebotsseite entgegenwirken. Die Aussichten auf wirtschaftliche Erholung sind insofern besser, als nach Ende der Epidemie zügiger wieder Normalbetrieb aufgenommen werden könnte und positive Nachholeffekte die Erholung unterstützen würden. Das setzt allerdings voraus, dass die Epidemie unter Kontrolle gebracht wird und negative Wirkungen mit andauernder Wirkung, wie eine Insolvenzwelle und vor allem größere Entlassungs-
- 75 wellen, ausbleiben.

Nach: Peter Bofinger u. a.: *Wirtschaftliche Implikationen der Corona-Krise und wirtschaftspolitische Maßnahmen*. In: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*. April 2020 (Heft 4), S. 259 ff.

AUFGABEN

1. Nennen Sie die wesentlichen Aussagen des Textes.
2. Entwickeln Sie Vorschläge, wie der Staat auf einen Angebots-, wie auf einen Nachfrageschock reagieren könnte.



Stabilisierungsstrategien angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik

	Maßnahmen nachfrageorientierter (1) oder angebotsorientierter (2) Wirtschaftspolitik?	1	2
a	Minderung der öffentlichen Staatsausgaben: Die Staatsausgaben (z. B. die Personalausgaben und Transferzahlungen) sollen gesenkt werden, um die Kreditaufnahme des Staates und damit die Zinsen zu senken. In der Folge würden die Investitionen steigen.		
b	Programme der Öffentlichen Hand, finanziert durch zusätzliche Kredite („deficit spending“), sollen die gesamtwirtschaftlichen Wachstumskräfte stärken. In der Folge werden, so die Annahme, wieder Neuanstellungen vorgenommen und die steigenden Einkommen für eine steigende Nachfrage sorgen. Diese würden wiederum zu Neuinvestitionen und Neueinstellungen, höheren Einkommen und höheren Staatseinnahmen führen.		
c	Förderprogramme des Staates, z. B. Investitionszulagen, sollen einen Anreiz für Investitionen schaffen.		
d	Rückführung des Sozialtransfers und der öffentlichen Beschäftigung: Diese Strategie soll den Anreiz für die Arbeitnehmer*innen erhöhen, auch geringer bezahlte und unbeliebte Tätigkeiten auszuüben. So könnten die Löhne (Kosten für Arbeit) gesenkt werden.		
e	Zinssenkung durch Geldpolitik: Senkung der Zinsen, um Investitionen und die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern zu stimulieren.		
f	Senkung der Personalkosten: Die Senkung der Personalkosten (Löhne und Sozialversicherungsbeiträge) soll die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitnehmer*innen erhöhen und durch die sinkenden Kosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Ausland verbessern.		
g	Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, der Sozialtransfers und der Arbeitsmarktpolitik: Eine Erhöhung der Sozialtransfers (z. B. Kindergeld) und staatliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme würden eine Steigerung der Haushaltseinkommen und Nachfrage unterer und mittlerer Einkommensbezieher*innen bewirken.		
h	Erhöhung der verfügbaren Einkommen: Durch Steuersenkungen und höhere Löhne bei den unteren Einkommen sollen die Nettoeinkommen (Einkommen nach Abzug aller Abgaben und Steuern) der Konsument*innen erhöht werden, um so die Nachfrage zu stimulieren. Laut der absoluten Einkommenshypothese, also der Annahme, dass der Konsum nur vom Einkommen der laufenden, aktuellen Periode abhängt und nicht von den folgenden, führt das zu einer höheren Nachfragesteigerung als bei höheren Einkommensbezieher*innen. Das spricht auch für Mindestlöhne.		
i	Deregulierung: Eine Abschaffung von Umwelt- und Arbeitsschutzvorschriften soll die Kosten senken und Planungsprozesse beschleunigen. In der Folge könnten Investitionen schneller getätigt werden.		
j	Steuersenkungen und ein neues leistungssteigerndes Steuersystem, z. B. durch Senkung der Höchststeuersätze sowie der Einkommens- und Kapitalsteuern, sollen den Leistungswillen bei den Leistungsfähigen (Unternehmen und Arbeitnehmer*innen) erhöhen und damit Wachstumsimpulse erzeugen.		

AUFGABEN

1. Ordnen Sie die Beispielmaßnahmen einer wirtschaftspolitischen Konzeption zu.
2. Recherchieren Sie arbeitsteilig die wirtschaftspolitischen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien. Überprüfen Sie, inwiefern sich Elemente der beiden Konzeptionen in den Programmen wiederfinden und ob eine Konzeption überwiegt. Begründen Sie!

Wie auf Wirtschaftskrisen reagieren? Das Konjunkturpaket 2020

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung

Weniger Mehrwertsteuer, 300-Euro-Bonus für Eltern und Hilfen für Unternehmen: Das Konjunkturpaket umfasst 57 Punkte. (...) Ein Überblick.

Senkung der Mehrwertsteuer

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember (2020) wird der Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent und der ermäßigte Satz von sieben Prozent auf fünf Prozent gesenkt. (...) Damit soll der Binnenkonsum gestärkt werden. (...)

Familien und Kitas

Familien bekommen einen Zuschuss von 300 Euro für jedes kindergeldberechtigte Kind – ausgezahlt in mehreren Raten über das Kindergeld. (...) Für Erweiterungen, Umbauten oder Neubauten von Kitas und Krippen soll es eine Milliarde Euro zusätzlich geben (...).

Autofahrer und Autobranche

(...) Die Förderung des Bundes für die bestehende „Umweltprämie“ soll befristet bis Ende 2021 für E-Fahrzeuge mit einem Nettolistenpreis von bis zu 40.000 Euro von 3000 auf 6000 Euro steigen. (...) Die Koalition plant außerdem, zusätzlich 2,5 Milliarden Euro in den Ausbau des Ladenetzes für E-Autos zu stecken sowie für die Förderung von Forschung und Entwicklung (...).

Stromkunden

Bürger und Unternehmen sollen bei den Stromkosten entlastet werden. (...)

Bahn und Nahverkehr

Die Deutsche Bahn bekommt wegen Einnahmeausfällen in der Corona-Krise milliardenschwere Finanzhilfen. Der Bund will dem bundeseigenen Konzern weiteres Eigenkapital in Höhe von fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Geplant sind außerdem Hilfen von 2,5 Milliarden Euro für den Öffentlichen Nahverkehr. (...)

Sozialabgaben

Infolge der Corona-Krise steigen die Ausgaben in allen Sozialversicherungen. Um eine Steigerung der Lohnnebenkosten zu verhindern, plant die Koalition eine „Sozialgarantie 2021“. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen bei maximal 40 Prozent stabilisiert werden, durch milliardenschwere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. (...)

Unternehmen

Besonders belastete Branchen und Betriebe bekommen eine zusätzliche Unterstützung in Milliardenhöhe. Geplant sind „Überbrückungshilfen“ im Umfang von maximal 25 Milliarden Euro. Ziel ist es, eine Pleitewelle bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verhindern, deren Umsätze weggebrochen sind.

Tagesschau-Online: Pläne der Bundesregierung: Das steckt im Konjunkturpaket. In: tagesschau.de vom 29.6.2020 (www.tagesschau.de/inland/konjunkturpaket-115.html – Zugriff vom 31.11.2020)

DER SPIEGEL

Nr. 14
28.3.2020

Wie kommen wir da wieder raus?

(ohne uns anzustecken oder zu ruinieren)
Auswege aus dem Corona-Albraum

MARKUS SÖDER
Der heimliche
Corona-Kanzler

#ISCHGLGATE
Wie der Skirt zur
Virenschleuder wurde

GEGEN MITTEL
Eine Ebola-Arznei
macht Hoffnung

KAMIKAZE-DONALD
Trump spielt mit dem
Leben der Armen

AUFGABEN

1. Ordnen Sie die Maßnahmen des Konjunkturpakets einer wirtschaftspolitischen Theorie (siehe S. 30–33) zu.
2. Analysieren Sie, inwiefern Jugendliche und junge Erwachsene direkt oder indirekt von dem Konjunkturpaket profitieren.
3. „Wie kommen wir da wieder raus?“ fragte „DER SPIEGEL“ auf seiner Titelseite zu Beginn der Pandemie 2020, als zum ersten Mal der Lockdown beschlossen wurde. Prüfen Sie kritisch, inwiefern die skizzierten Maßnahmen geeignet sind, um den Angebots- sowie den Nachfrageschock (siehe S. 34) zu reduzieren.



Wie sinnvoll war der Kinderbonus?

Der Kinderbonus als Konsumantrieb?

1 Im Juni (2020) beschloss die große Koalition ein Konjunkturprogramm über 130 Milliarden Euro. Davon sind 4,3 Milliarden Euro als Kinderbonus vorgesehen, den mehr als neun Millionen Eltern bekommen sollen: 300 Euro für jedes Kind. Vorausgesetzt, im laufenden Jahr gab es in mindestens einem Monat Anspruch auf Kindergeld. (...) Der Kinderbonus wird nicht auf andere Sozialleistungen angerechnet, steuerlich jedoch mit den Kinderfreibeträgen verrechnet. So werden Familien mit kleinen und mittleren Einkommen unterstützt, Eltern mit hohen Einkommen profitieren weniger oder gar nicht. Laut dem Bundesfamilienministerium profitiert eine Familie mit drei Kindern beispielsweise bis zu einem Jahreseinkommen von 67.816 Euro voll vom Kinderbonus, danach schmilzt der Vorteil. Von einem Familieneinkommen von 105.912 Euro an profitiert sie gar nicht mehr. Das Ministerium geht davon aus, dass 80 Prozent der Kindergeldberechtigten in voller Höhe vom Bonus profitieren. Die Bundesregierung will mit dem Bonus jedoch nicht nur die Familien in der Corona-Krise unterstützen: Eltern sollen das Geld für verschobene oder geplante Ausgaben nutzen und so den Konsum stärken. Wird diese Wette aufgehen?

Malte Born, Katharina Heckendorf: *Das ist für mich Luxus*. In: ZEIT Nr. 36/2020 vom 27.8.2020, S. 24

„Ich hätte es tausend Mal sinnvoller gefunden, das Geld gezielt in die Infrastruktur von Schulen und Kitas zu investieren, statt es wieder mal mit der Gießkanne zu verteilen.“

Leser Kommentar von „Wolf Mohn“ unter „Das ist für mich Luxus“. Bringt der Kinderbonus der Konjunktur neuen Schwung? Die ZEIT-Wirtschaftsräte sind da skeptisch. In: zeit.de vom 29.8.2020 (<https://t1p.de/zeit-kommentar-kinderbonus> – Zugriff vom 4.1.2021)



Gwendolyn Stilling
@GStilling



#Hartz4 #ArmutStoppen Kinderbonus ist gute Sache, jetzt aber braucht es endlich auch Soforthilfe für alle Armen ohne Kinder!

♡ 34

07:29 – 7. Sep. 2020

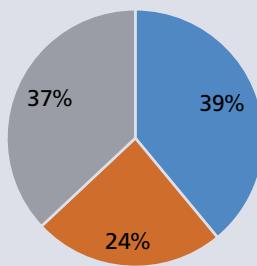
Verwendung des Kinderbonus

1 Der Kinderbonus hat das Potenzial, sein Ziel zu erreichen und den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland zu unterstützen. Rund 61 Prozent der Empfänger wollen ihn ganz oder teilweise ausgeben. In nicht wenigen Fällen soll der Kinderbonus jedoch auch vollständig oder in größerem Umfang gespart werden, wobei sich das geplante Sparverhalten in Bezug auf die Leistung zwischen den Einkommensgruppen nicht stark unterscheidet. In diesen Fällen verfehlt der Kinderbonus sein Ziel, kurzfristig den Konsum zu erhöhen. Allerdings ist nicht zu vergessen, dass die Maßnahme neben der konjunkturellen Wirkung auch eine Anerkennung der besonderen Belastungen vieler Familien in der Corona-Krise darstellen soll.

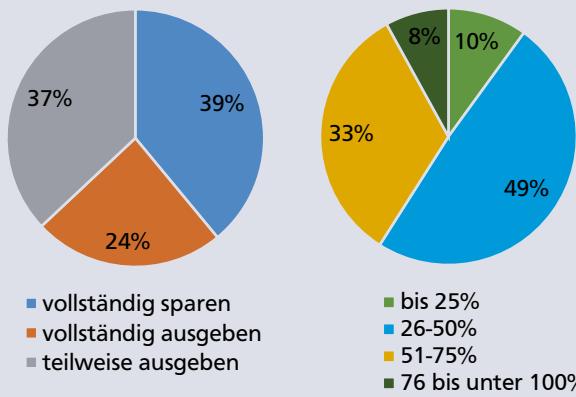
Martin Beznoska u. a.: *Etwas die Hälfte des Kinderbonus soll ausgegeben werden* (IW-Kurzbericht). In: Institut der deutschen Wirtschaft vom 6.9.2020 (<https://t1p.de/iwkoeln-kinderbonus> – Zugriff vom 20.10.2020)

Geplantes Ausgabeverhalten beim Kinderbonus

Was werden Sie mit dem Kinderbonus machen?



Wie viel werden Sie ausgeben?



Quelle: <https://t1p.de/iwkoeln-kinderbonus> – Zugriff vom 18.12.2020

AUFGABEN

1. Skizzieren Sie, was unter dem Kinderbonus verstanden wird und was die Bundesregierung damit bewirken wollte.
2. Fragen Sie Ihre Eltern: Wie wurde der Kinderbonus in Ihrer Familie genutzt? Sammeln Sie die Ergebnisse der Befragung anonym und werten Sie diese aus. Bewerten Sie die Ergebnisse nicht. Es gibt viele gute Gründe für Verwendungen.
3. „Wird diese Wette aufgehen?“ (Z. 22). Recherchieren Sie die Wirkung des Kinderbonus und beantworten Sie begründet diese Frage aus dem Text.
4. Auf einer Skala von 1 (völlige Zustimmung) bis 10 (völlige Ablehnung): Wie sehr stimmen Sie folgender Aussage zu: „Der Kinderbonus ist ein sinnvolles Instrument in wirtschaftlichen Krisenzeiten?“. Vergleichen und diskutieren Sie die Positionen innerhalb des Kurses. Gehen Sie dabei auch auf die beiden Kommentare ein.

Inflation und konjunkturelle Entwicklung: Welche Rolle spielt die Europäische Zentralbank?



Karikatur: Paolo Calleri

Inflation

Prozess anhaltender Preisniveausteigerungen, die über eine gewisse Marge hinausgehen. Inflation ist nur als dynamischer Vorgang denkbar, bei dem Inflation aus einem bestimmten Ursachenkomplex im ökonomischen System entsteht und wieder auf dieses zurückwirkt. Zur Inflation zählen nur Steigerungen des Preisniveaus.

Oliver Budzinski: Inflation. In: wirtschaftslexikon.gabler.de (wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/inflation-39320 – Zugriff vom 31.12.2020)

AUFGABEN

1. Errechnen Sie mithilfe des Inflationsrechners die Kaufkraftentwicklung, die zukünftige Kaufkraft, die Preissteigerung und den zukünftigen Preis für jährliche Inflationsraten von 1 %, 2 %, 5 % sowie 20 % bei einem Ausgangswert von 1000 Euro.
2. Leiten Sie die Folgen eines hohen bzw. eines niedrigen Leitzinses für Sie persönlich ab.
3. Ermitteln Sie die Höhe des aktuellen EZB-Leitzinses sowie die aktuelle Inflationsrate und prüfen Sie, ob die EZB derzeit ihre Hauptaufgabe erfüllt.
4. Beschreiben und interpretieren Sie die Karikatur.
5. Setzen Sie sich kritisch mit der/den Kernaussage(n) der Karikatur auseinander.
Beziehen Sie dabei die aktuellen Entwicklungen (Aufgabe 3) ein.

Der Leitzins als Instrument der EZB

Die Hauptaufgabe der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) besteht darin, im Euroraum die Preisstabilität zu garantieren. Soweit dies ohne Beeinträchtigung dieses Ziels möglich ist, unterstützt die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union. Bezogen auf die Preisstabilität wird eine Inflationsrate von unter, aber nahe an zwei Prozent angestrebt. Dieses geldpolitische Ziel kann die Zentralbank allerdings nur indirekt erreichen. Das bedeutet: Will ein Unternehmen investieren oder ein privater Haushalt ein Haus bauen, wird meist ein Kredit bei einer Geschäftsbank aufgenommen. Um Kredite gewähren zu können, müssen sich die Geschäftsbanken aber zunächst häufig selbst mit Geld versorgen. Dies können sie bei der EZB. Wie bei jeder Kreditgewährung werden auch hier Zinsen fällig – der sogenannte Leitzins.

An diesem Punkt setzt die EZB an, um eine Inflation oder eine Deflation (Rückgang des Preisniveaus) zu verhindern. Erhöht die Zentralbank den Leitzins („restriktive Geldpolitik“), verteuert sie dadurch die Kreditaufnahme der Geschäftsbanken. Diese geben ihre höheren Geldbeschaffungskosten an die privaten Kreditnehmer*innen weiter, indem auch sie höhere Zinsen für ihre Kredite verlangen. Dadurch wird manche Investition für Unternehmer*innen unrentabel, auch manch private*r Bauherr*in wird ange- sichts höherer Zinsen seine*ihrre Baupläne erst einmal nicht realisieren. Durch die zurückgehenden Investitionen der Unternehmen und die geringeren Ausgaben der Privatleute wird dem Wirtschaftskreislauf Geld entzogen – die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen verringert sich und der Preisanstieg wird verlangsamt. Die Erhöhung des Leitzinssatzes führt somit zu einem Rückgang der Inflation.

Wird der Leitzins dagegen gesenkt („expansive Geldpolitik“), kommt es zu einer gegensätzlichen Entwicklung: Die EZB gibt die Kredite zu einem niedrigen Zinssatz an die Geschäftsbanken weiter, und auch diese senken die Zinssätze für die Unternehmen und Privatleute. Es kommt zu vermehrten Investitionen und steigendem Konsum – und somit zu einem Preisanstieg. Folge: Die Inflationsrate steigt.

Autorentext



Hier gelangen Sie zu einem Inflationsrechner, mit dem Sie die mögliche Kaufkraft und Preissteigerungen simulieren können:

www.finanztip.de/rechner/inflationsrechner/



Reflexion des Kompetenzerwerbs im Kapitel „Wie kann der Staat die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen?“

Lesen Sie die folgenden Sätze und entscheiden Sie jeweils für sich, wie Sie sich bezüglich der benannten Kompetenzen selbst einschätzen. Nutzen Sie dafür folgende Smileys:



Fachwissen Ich kenne und verstehe:	Analyse Folgende Begriffe kann ich erklären und anwenden:	Selbsteinschätzung
Den Konjunkturzyklus.	Expansion, Boom, Rezession, Depression, Kondratieff-Zyklen	
Die Stärken und Probleme von konjunkturellen Vorhersagen.	Konjunkturdiagnose, Konjunkturprognose, Besonderheiten in der Corona-Krise	
Die Funktionsweise der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik.	Keynes, (Staats-)Nachfrage, aktiver Staat, antizyklische Globalsteuerung, deficit-spending, Multiplikatoreffekt	
Die Funktionsweise der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.	Friedman, saysches Theorem, ökonomisches Gleichgewicht, passiver Staat	
Die Besonderheit der Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2020.	wirtschaftspolitische Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie, Angebotsschock, Nachfrageschock	
Die konjunkturellen Maßnahmen der deutschen Bundesregierung 2020.	Senkung der Mehrwertsteuer, Kinderbonus, staatliche Investitionen etc.	
Den Leitzins als Instrument der EZB-Geldpolitik.	Zentralbank, Geschäftsbank, Inflation, konjunkturelle Folgen von Zinsänderungen	
Anwendung und Beurteilung Ich kann:		
Auf Basis der Konjunkturindikatoren die aktuelle wirtschaftliche Lage einschätzen.		
Wirtschaftspolitische Maßnahmen begründet einem theoretischen Ansatz zuordnen.		
Die kurz- sowie langfristigen Chancen und Risiken wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Rahmen unterschiedlicher konjunktureller Entwicklungen beurteilen.		
Ausgehend von einer konjunkturellen Lage selbständig Alternativen zum staatlichen Handeln entwickeln.		

Was ist die richtige Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise?

Die Corona-Pandemie stellt nicht nur eine gesundheits- und gesellschaftspolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Herausforderung dar. Welche Maßnahmen sind in der Zeit der Pandemie zu ergreifen, was ist die richtige Wirtschaftspolitik und inwiefern kann die Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise überhaupt wirksam werden? Diesen Fragen gehen Sie zum Abschluss des Hefts nach. Anhand eines Klausurbeispiels können die im Themenheft behandelten Inhalte wiederholt, reflektiert und vertieft werden. Die Tipps zur Bearbeitung von Klausuren und die Erklärung von Operatoren können am Übungsbeispiel angewandt werden, um sich auf eine Klausur im Rahmen der Unterrichtseinheit zum Thema Wirtschaftspolitik vorzubereiten.

Klausurtraining: Tipps und Übungsbeispiel

Mit Hilfe des Textes „Was ist die richtige Wirtschaftspolitik in der Coronakrise?“ und der Karikatur können Sie die Bearbeitung einer Klausur einüben bzw. sich auf einer Klausur vorbereiten. Dazu sollten Sie diese grundsätzlichen Tipps befolgen:

- Lesen Sie die Aufgabenstellung mehrmals in Ruhe durch. Achten Sie auf die Operatoren der Fragestellung. Sie weisen darauf hin, wie Sie bei der Bearbeitung vorgehen sollen.

Anforderungsbereich I	Anforderungsbereich II	Anforderungsbereich III
<p>Operatoren: aufzählen, nennen, zusammenfassen, beschreiben ...</p> <p>Diese erfordern von Ihnen die Reproduktion von Gelerntem oder Gelesenem: Einen Text zusammenfassen, eine Karikatur beschreiben, Werte einer Statistik benennen ...</p>	<p>Operatoren: analysieren, einordnen, erklären, erläutern ...</p> <p>Diese erfordern von Ihnen eine Reorganisation und/oder einen Transfer Ihres Wissens: Hintergründe eines Sachverhaltes erklären, Positionen oder Meinungen einordnen, hinsichtlich Gemeinsamkeiten und Unterschieden einen Vergleich anstellen, Zusammenhänge herstellen ...</p>	<p>Operatoren: begründen, beurteilen, bewerten, Stellung nehmen ...</p> <p>Diese erfordern von Ihnen Reflexion und Problemlösung: die eigene Meinung zu einem Problem oder eine Kontroverse mit Sach- und/oder Wertargumenten kriteriengeleitet darlegen und dabei verschiedene Perspektiven berücksichtigen und Argumente der Gegenseite widerlegen ...</p>

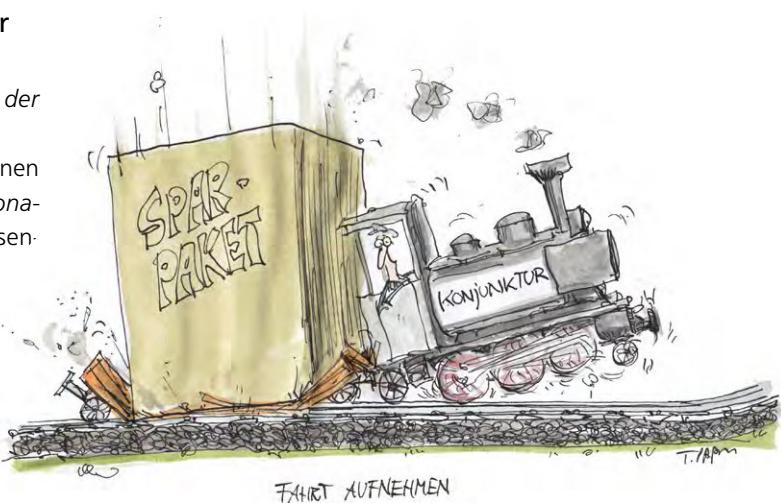
- Fangen Sie nicht sofort an zu schreiben, sondern fertigen Sie sich ein stichwortartiges Konzept an. Dies kann auch die Gliederung Ihrer Klausur sein.
- Setzen Sie bei der Verschriftlichung direkte Zitate in Anführungszeichen und belegen Sie sie mit Angabe der Zeilenzahl.
- Lesen Sie Ihre Klausur vor der Abgabe gründlich durch. Fragen Sie sich, ob auch fremde Leser*innen Ihre Gedanken nachvollziehen könnten.
- Fügen Sie Ergänzungen so ein, dass sie eindeutig zugeordnet werden können: Entweder durch Fußnoten am Ende der Beantwortung einer Aufgabe oder am Ende Ihrer Klausur.
- Beginnen Sie jede Aufgabe auf einer neuen Seite. So bleibt Platz für nachträgliche Ergänzungen.



Was ist die richtige Wirtschaftspolitik in der Coronakrise?

Der Autor ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

- 1 Wie die Berechnungen verschiedenster Institutionen zeigen, geht es (bei wirtschaftspolitischen Corona-Maßnahmen) (...) nicht nur um die unmittelbare Krisenbewältigung, sondern auch um die Zeit danach.
- 5 (...) Bisher richtet sich die Wirtschaftspolitik direkt auf die Bewältigung der unmittelbaren Krisenfolgen. In den Industrieländern – so auch in Deutschland – wurden umfassende Unterstützungsprogramme für die Wirtschaft mit wirksamen Kurzarbeiten
- 10 terregeln sowie direkten Hilfszahlungen an von Arbeitslosigkeit Betroffene aufgelegt. Dies sind sehr sinnvolle Maßnahmen, die allerdings einige Nebenwirkungen haben können. Zu nennen sind Gewöhnungseffekte bei den Empfängern, Zombifizierung von Unternehmen, die gestützt von Regierungen nicht aus dem Markt ausscheiden, obwohl sie selbst ohne Krise nicht länger wettbewerbsfähig wären, oder eine zunehmende „Staatsgläubigkeit“ auf allen Seiten, die langfristig die Soziale Marktwirtschaft untergräbt.
- 20 Deshalb müssen sämtliche nachfrageorientierte Maßnahmen zeitlich begrenzt werden (...).
- Die nachhaltige Krisenbewältigung kann nur mit (...) hohen Staatsausgaben nicht gelingen. Vielmehr muss es darum gehen, ab dem nächsten Jahr eine wirtschaftliche Dynamik zu entfalten, die erstens zu einem Stimmungsumschwung, also neuem Optimismus und unternehmerischer Initiative, und zweitens zur Schaffung beziehungsweise dem Erhalt von Arbeitsplätzen führt. Dies kann die Politik nicht alleine schaffen, ohne die Privaten geht es nicht. Aber die Politik kann viel dafür tun, eventuelle Hemmnisse zu beseitigen oder neue Hürden für unternehmerische Initiativen gar nicht erst entstehen zu lassen.
- Konkret wäre Folgendes nötig: Erstens sollte die Bundesregierung endlich ernsthaft über eine Steuerreform nachdenken. Nach wie vor ist das deutsche Steuersystem eines der intransparentesten und kompliziertesten der Welt. Die Steuersätze sind sehr hoch, dafür gibt es viele Ausnahmen. Besser wäre es, die Steuersätze zu senken und die Basis zu verbreitern, also die Steuererleichterungen und Ausnahmetatbestände abzubauen. Das heißt nicht unbedingt, dass die Unternehmen weniger Steuern zahlen. Aber es dürfte die Transparenz und Investitionen erhöhen.
- 45 Zweitens (...) müssen die Weichen zu einem effektiven und effizienten Klimaschutz gestellt werden. Idealerweise wird ein umfassender Handel mit Emissionszertifikaten aufgebaut oder aber die CO2-Steuer für alle Sektoren



Karikatur: Thomas Plaßmann

eingeführt. Die bisherigen sektorspezifischen, kleinteiligen und bürokratisch aufwendigen Regeln (...) sind ineffizient und ökologisch nicht sehr treffsicher. Drittens (...) sollte der Dschungel an Vorschriften für die Gründung und den Betrieb von Unternehmen gerodet werden. Es gibt zum Beispiel eine Vielzahl von Berichtspflichten, die gerade kleine und mittlere Unternehmen überfordern. Insgesamt tätigt dem Land weniger Bürokratie sehr gut. Viertens ergibt es Sinn, der Forderung aus der Unionsfraktion (...) nach einem Belastungsmoratorium der deutschen Wirtschaft nachzugeben. Das schließt den Verzicht auf ein Gesetz zu nachhaltigen Lieferketten sowie auf das verbriegte Recht zum Homeoffice ein. Schließlich sind auch staatliche Investitionen notwendig. Dies betrifft zum einen die Sanierung der bisweilen maroden Infrastruktur (zum Beispiel Schulen, Universitäten, Straßen, Brücken, Kanäle, Abwassersysteme), aber auch den massiven Ausbau digitaler Netze und Stromnetze für den Erfolg der Energiewende.

Andreas Freytag: Was ist die richtige Wirtschaftspolitik in der Coronakrise?
In: WirtschaftsWoche-Online vom 16.10.2020 (www.wiwo.de/politik/deutschland/freytags-frage-was-ist-die-richtige-wirtschaftspolitik-in-der-coronakrise/26279546.html – Zugriff vom 16.11.2020)

AUFGABEN

1. Fassen Sie die wesentlichen Aussagen Freytags in eigenen Worten zusammen.
2. Erläutern Sie die Funktionsweise der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und überprüfen Sie anhand von Textbelegen, inwiefern die Aussagen Freytags zu dieser Theorie passen.
3. Nennen und bewerten Sie die Kernaussage der Karikatur.

Die Mitarbeiter*innen dieser WOCHENSCHAU

Fachautor: Jörn Bollinger ist Studienrat für die Fächer Politik und Wirtschaft, Sport und Erdkunde an der Carl-von-Ossietzky-Schule (Oberstufengymnasium) in Wiesbaden und Mitglied im Landesvorstand der DVPB Hessen.

Redaktion: Yvonne Engelmann

Impressum

Die WOCHENSCHAU für Politik- und Ökonomieunterricht wurde 1949 von Dr. Kurt Debus (†) unter der Bezeichnung WOCHENSCHAU für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde gegründet. Chefredaktion von 1954–2008 Ursula Buch (†); Gründungsherausgeber: 1949 Dr. Kurt Debus, ab 1954 Ursula Buch.

Herausgeber*innen: Prof. Dr. Sabine Achour, Dipl. Pol., Dipl. Vw. Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Prof. Dr. Peter Massing.

Redaktion: Anna Blum, Georg Friedrich Rauschenberger, 069/7880772-32; Elisa Schwis, 069/7880772-31; Sebastian Neumann (Redaktionsassistenz), 069/7880772-33; redaktion@wochenschau-verlag.de.

Verlag: Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, 069/7880772-0; Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus; Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Raoul Pra, 069/7880772-52; Vertrieb und Anzeigen: Christiane Klär, 069/7880772-23, christiane.klaer@wochenschau-verlag.de; Fax: 069/7880772-25.

Bestellungen und Fragen zum Abonnement richten Sie bitte an info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069/7880772-0. Bestellungen von Einzelheften richten Sie bitte an wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154/132730.

Mitarbeiter*innen der Redaktion: Prof. Dr. Anja Besand, Prof. Dr. Gotthard Breit, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Prof. Dr. Joachim Detjen, Prof. Dr. Tim Engartner, Yvonne Engelmann, Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, Prof. Dr. Klaus-Peter Kruber, Dr. Christian Meyer-Heidemann, Prof. Dr. Ursula Münch, Prof. Dr. Kerstin Pohl, Prof. Dr. Wolfgang Sander, Jessica Schattschneider, Prof. Dr. Günther Seeber, Prof. Dr. Birgit Weber.

Bankverbindung: Volksbank Weinheim, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WMN.

Redaktions- und Verlagsanschrift: Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt am Main; Telefon: 069/7880772-0, Fax: 069/7880772-25, www_wochenschau-verlag.de.

Urheberrecht: Alle Rechte, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Ton- und Bildträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art sind vorbehalten. Kein Teil dieser Schrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) – außerhalb der vom Gesetzgeber festgelegten Grenzen des Urheberrechts – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zu widerhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Bezugsbedingungen: Gesamtausgabe (Sek. I und Sek. II), 10 Hefte + 1 Sonderheft: 169,- € zzgl. 19,80 € Versand. Teilausgabe (Sek. I oder Sek. II), 5 Hefte + 1 Sonderheft: 98,- € zzgl. 12,20 € Versand. Die WOCHENSCHAU-Schüler*innenausgabe kann im Klassensatz zu günstigen Konditionen (vergl. Preisliste) bezogen werden. Kündigung 8 Wochen (30. April bzw. 31. Oktober) vor dem Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums.

Bundesfreiwilligen- und Wehrdienstleistende, Auszubildende, Studierende, Referendar*innen erhalten das Abonnement während der gesamten Ausbildungszeit zum halben Preis.

Druck: Tolek

Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag

© Wochenschau Verlag Dr. Kurt Debus GmbH.

Einer Teilausgabe liegt eine Verleger*innenbeilage bei.

ISSN 2190-362X

Best.-Nr. 2221

THEMENHEFTE 2021

Sekundarstufe I

- Wahlen (Nr. 1/2021)
- Demokratie in der Schule (Nr. 2/2021)
- Sozialstaat (Nr. 3/2021)
- Internationale Politik II: Globalisierung (Nr. 4/2021)
- Rechtsextremismus (Nr. 5/2021)
- Ernährung (Gesellschaftslehre/GeWi) (Nr. 6/2021)
- Sonderausgabe: Demokratiebildung (Nr. 21s)

Sekundarstufe II

- Wahlen (Nr. 1/2021)
- Wirtschaftspolitik (Nr. 2/2021)
- Justiz kontrovers (Nr. 3/2021)
- Gesellschaft (Nr. 4/2021)
- Politik postkolonial (Nr. 5/2021)
- Sonderausgabe: Demokratiebildung (Nr. 21s)

WEITERE WOCHENSCHAU-HEFTE, DIE DIESES HEFT ERGÄNZEN

Sekundarstufe I

- Internationale Politik II – Globalisierung (Best.-Nr. 1421)
- Wirtschaft (Best.-Nr. 12317)

Sekundarstufe II

- Globalisierung – Internationale Wirtschaftsbeziehungen (Best.-Nr. 2619)
- Ökologie und Ökonomie (Best.-Nr. 22320)

PREISE

Einzelhefte und Klassensatz ohne Abo

Einzelheft print:	17,90 €
Einzelheft digital, Einzellizenz:	12,99 €

Klassensatz print, ab 10 Heften, pro Heft:	8,90 €
digitaler Klassensatz, ab 10 Lizenzen, pro Lizenz:	2,99 €

Einzelhefte und Klassensatz mit Abo

Einzelheft print:	13,90 €
Einzelheft digital: aktueller und letzter Jahrgang kostenlos	

Klassensatz print, ab 10 Heften, pro Heft:	8,90 €
digitaler Klassensatz, ab 10 Lizenzen, pro Lizenz:	1,50 €

Sonderausgabe

Einzelheft print:	28,50 €
Einzelheft digital:	22,99 €
Studienseminar, ab 10 Exemplaren:	17,00 €
Nachbestellung älterer Hefte:	
im Abo:	19,90 €
ohne Abo:	22,90 €

gilt nur bei Direktbestellung, falls zur Hand
bitte Kundennummer angeben.

WOCHENSCHAU Jahresabonnement (inkl. Sonderausgabe)

Gesamtausgabe (Sek. I + II):	169,- €
Teilausgabe Sek. I:	98,- €
Teilausgabe Sek. II:	98,- €

zzgl. Versandkosten: Gesamtausgabe 19,80 €, Teilausgabe 12,20 €.



WOCHENSCHAU-THEMENHEFTE IM ÜBERBLICK

Sekundarstufe I

- Ernährung (Gesellschaftslehre/GeWi) 1621
- Rechtsextremismus 1521
- Internationale Politik II: Globalisierung 1421
- Sozialstaat 1321
- Demokratie in der Schule 1221
- Wahlen 1121
- Grund- und Menschenrechte 1620
- EU 1520
- Konsum und Produktion 13420
- Geschlechterverhältnisse 1220
- Demokratie in der Gemeinde 1120
- Vorurteile 1619
- Medien 1519
- Recht in Gesellschaft und Staat 13419
- Geld 1219
- Deutsche Einheit 1119
- Internationale Politik I: Sicherheit und Frieden 1618
- Konflikte 1518
- Arbeitsmarkt 1418
- Demokratie und politische Beteiligung 12318
- Migration und Integration 1617
- Jugend – Familie – Gesellschaft 1517
- Wirtschaft 12317
- Werbung und Konsum 1616
- Die Bundeswehr 1516
- Was ist Politik? 1416
- Der Betrieb – ein Leitfaden zum Praktikum 12316
- Islam ≠ Islamismus 1116
- Nachhaltigkeit 1615
- Datenschutz 1315
- Sozialpolitik 1115
- Sozialisation 1214
- Inklusion 1613

Bilinguale Themenhefte

- Sek I: Economic Globalization
- Sek I: Migration, Mobility and Employment in the EU
- Sek II: The US Presidential Elections

Sekundarstufe II

- Politik postkolonial 2521
- Gesellschaft 2421
- Justiz kontrovers 2321
- Wirtschaftspolitik 2221
- Wahlen 2121
- Geopolitik 2620
- Digitalisierung 2520
- Verteilung: Einkommen und Vermögen 2420
- Ökologie und Ökonomie 22320
- Das Parteiensystem 2120
- Globalisierung 2619
- Terrorismus 2519
- EU I: Institutionen und Politik 23419
- Geldpolitik 2219
- Föderalismus 2119
- Sozialstaat 2618
- Demokratie und Autokratie 2518
- Weltordnung 2418
- Das politische System der BRD 22318
- Nahostkonflikt 2118
- Ökonomische Theorien 2617
- EU II: Wirtschaft und Soziales 2517
- Populismus 2417
- Sicherheitspolitik 22317
- Energiepolitik 2616
- „Islamischer Staat“ 2416
- Präsidentielle Demokratie 2116
- Sozialstruktur 2615
- Politische Theorie 24515
- Die Zukunft der EU 2115
- Medien und Politik 24514
- Freiheit und Gleichheit 2314
- Pluralismus 2114
- Der Deutsche Bundestag 2313
- Demokratiebildung 21s
- Sprachbildung 20s
- Disziplinen des Politikunterrichts 19s
- Geld und Geldpolitik 18s
- Individuelle Förderung 17s
- Politikunterricht 16s
- Heterogenität 15s
- Demokratiepädagogik 14s
- Soziales Lernen 13s
- Ökonomische Grundbegriffe 12s
- Kompetenzen im Politikunterricht 10s

Sonderausgaben

- Demokratiebildung
- Sprachbildung
- Disziplinen des Politikunterrichts
- Geld und Geldpolitik
- Individuelle Förderung
- Politikunterricht
- Heterogenität
- Demokratiepädagogik
- Soziales Lernen
- Ökonomische Grundbegriffe
- Kompetenzen im Politikunterricht

Name:

Adresse:

evtl. Kundennummer:

Ja, ich bin Abonnent*in

Testabo

Die WOCHENSCHAU ein ganzes Jahr zum halben Preis

Die Abo-Vorteile im Überblick

Digitale Ausgabe
Zusätzlich zum gedruckten Heft erhalten Sie Ihre WOCHENSCHAU auch als PDF auf www.wochenschau-online.de

Kostenloses Onlinematerial
Sie erhalten exklusiven Zugang zu ergänzenden Materialien auf www.wochenschau-online.de

Günstige Nachbestellung
Sie können alle Hefte zum günstigen Sonderpreis von 13,90 € nach bestellen. Ihr Preisvorteil beträgt über 20 %.

WOCHENSCHAU PICK & CHOOSE
Als Abonnent*in können Sie Ihr individuelles Schulbuch aus 6 von über 50 Themenheften zusammenstellen – für nur insgesamt 9,80 € pro Schüler*in.

Sonderkonditionen in der Ausbildung
Studierende und Referendar*innen erhalten die WOCHENSCHAU während der gesamten Dauer der Ausbildung zur Hälfte des regulären Abopreises.

Jetzt Testabo anfordern:
www.wochenschau-online.de

Exklusiv-Material im Abo

Unter www.wochenschau-online.de erwarten Sie

- die digitale WOCHENSCHAU
- ergänzende Unterrichtsmaterialien
- Kopiervorlagen

Methodische und didaktische Hinweise

Das Begleitmaterial für Lehrkräfte

- Sachanalysen
- didaktische Zielsetzungen
- methodische Tipps

Im Abo liegen die „methodischen und didaktischen Hinweise“ dem Heft bei. Bei Einzelbestellungen können Sie sie unter www.wochenschau-verlag.de herunterladen.



Um zum Download zu gelangen, rufen Sie den Artikel auf der Homepage auf. Folgen Sie hierfür dem QR-Code oder geben Sie die Titel-Nummer (links unten im Impressum) in das Suchfeld ein. Wählen Sie dann den Reiter „Download“.

Nutzen Sie diese Seite als Bestellzettel

Einfach ankreuzen und unter Angabe Ihrer Kontakt-
daten an wochenschau@brocom.de oder per Fax an
+49 (0)71 54/132 713 schicken.

Es gelten die AGB und das Widerrufsrecht unter www.wochenschau-verlag.de/agb.

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.wochenschau-verlag.de/datenschutz

WOCHENSCHAU Sek II — Jahrgang 2021

